



Industrieforum

Industriebetriebe: Mit dem Rücken zur Wand

Industriepolitik

Industrie Tirol: Die Herausforderungen der Zukunft meistern

Industriekonjunktur aktuell

Die Lage in der Industrie ist nicht gut: Egal ob man zurück oder nach vorne schaut

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 69 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUß, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende
des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáček



Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Mag. Sigi Menz
Industrie zwischen Konjunkturkrise
und Strukturkrise

forum

Industriebetriebe: Mit dem Rücken zur Wand **6**

Kommentar: Österreich steht
wirtschaftspolitisch an der Kippe
Christoph Neumayer, Generalsekretär der
Industriellenvereinigung **10**

Die Lage für die Industrie bleibt weiter
schwierig. Der Druck steigt. **12**

Interview:
„Österreich und Europa müssen darauf
achten, dass sie sich nicht aus dem Markt
herauspreisen“
Mag. Michael Otter, Leiter Aussenwirtschaft Austria
in der Wirtschaftskammer Österreich **14**

politik

Standort-„Uphill-Battle“ der Automotiven
Zulieferindustrie Österreichs **18**

Nahwärmeverbund 4.0 für Digitalisierung,
neue Wärmenetztechnologien und techno-
ökonomische Bewertung von Nahwärme. **20**

Serie: Industrie Tirol:
Die Herausforderungen der Zukunft
meistern. **24**

konjunktur

Kommentar zur internationalen
Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider **30**

Die Lage der Industrie ist nicht gut: Egal ob
man zurück oder nach vorne schaut
Mag. Andreas Mörk **32**

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht	34
Gesamtindustrie	35
Bergwerke und Stahl	35
Stein- und keramische Industrie	36
Glasindustrie	36
Chemische Industrie	37
Papierindustrie	37
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton	38
Bauindustrie	38
Holzindustrie	39
Lebensmittelindustrie	39
Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie	40
NE-Metallindustrie	40
Metalltechnische Industrie	41
Fahrzeugindustrie	41
Elektro- und Elektronikindustrie	42
Offenlegung, Impressum	42

inhalt

Industrie zwischen Konjunkturkrise und Strukturkrise

Die österreichische Industrie befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage: Die schwache Konjunktur führt gegenwärtig bei vielen Unternehmen zu empfindlichen Lücken in den Auftragsbüchern und verschlechtert somit die kurz- und mittelfristigen Geschäftsaussichten. Gleichzeitig belasten die hohen Energiepreise, die überaus ambitionierten Klimaziele der Europäischen Union und eine nicht enden wollende Flut an bürokratischen Belastungen die langfristigen Perspektiven für industrielle Tätigkeit in Europa.

Autor: Mag. Sigi Menz



Mag. Sigi Menz,
Obmann der Sparte
Industrie und
Aufsichtsrat der
Ottakringer
Getränke AG

Die aktuelle Konjunkturlage ist ohne Zweifel schwierig. Erstmals seit Jahrzehnten ist zudem die Industrie vom schwachen Konjunkturverlauf besonders betroffen – ein deutlicher Kontrast zu allen anderen Konjunkturkrisen in Österreich seit den 1990er-Jahren. Grund dafür ist zweierlei: Die globale Nachfrage ist generell schwach, was die stark exportorientierte österreichische Industrie naturgemäß besonders trifft; dass zudem die deutsche Industriekonjunktur weiterhin verhalten läuft und die Prognosezahlen für die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie im Gesamtjahr 2024 nach unten revidiert werden mussten, ist angesichts der großen Bedeutung des deutschen Marktes als direktes Exportziel und als Sprungbrett österreichischer Unternehmen in Drittmärkte zusätzlich belastend. Zu dieser schwachen Nachfrage kommt hinzu, dass österreichische Unternehmen mit einer schlechteren Kostenstruktur gegen die internationale Konkurrenz antreten müssen: Rohstoffkosten und Vormaterialpreise der Industrie haben (international) nachgegeben, aber die mas-

siv erhöhten Arbeitskosten der österreichischen Industrie – infolge des in Österreich besonders ausgeprägten Inflationsschubs – erweisen sich als Hemmschuh. Ein inländischer Konjunkturimpuls für die Industrie ist auch nicht in Sicht, da die Investitionstätigkeit im Inland sehr verhalten ist.

Gerade der letzte Punkt bereitet Sorge. Richtig ist natürlich, dass die schwache inländische Investitionstätigkeit eine im Konjunkturzyklus natürliche Reaktion auf geringe Nachfrage, niedrige Kapazitätsauslastung und fehlende Ertragsperspektiven darstellt. Darüber hinaus ist die schwache Investitionstätigkeit aber auch die Verbindungsgröße zwischen schwacher, aktueller Konjunkturlage und belasteter, langfristiger Perspektive: Unternehmen, die mit Sorge oder gar Skepsis die Entwicklung eines Industriestandortes betrachten, werden naturgemäß eine Investition im Zweifelsfall eher nicht tätigen, aufschieben oder aber an einem anderen Standort tätigen.

Im Gegensatz zur medialen oder öffentlichen Wahrnehmung, die den Wegfall der Versorgung mit kostengünstigem Erdgas aus Russland als größte Bedrohung ansieht, ist das viel gravierendere Thema für die Zukunftsfähigkeit der Industrie in Mitteleuropa die politische Willensbildung der Europäischen Union: Und dabei geht es nicht um die Frage, ob Europa den Weg der Dekarbonisierung gehen soll – diese Grundsatzentscheidung wird von

der Industrie nicht infrage gestellt –, sondern wie dieser Weg gegangen werden kann.

Grundsätzlich ist völlig klar, dass die Rolle der Industrie in Europa nicht trotz sondern gerade aufgrund der politischen Zielsetzung der Dekarbonisierung von entscheidender Bedeutung ist: Nur der Industrie kann es gelingen, jene Strukturen und Technologien zu schaffen und anzuwenden, die für Klimaneutralität in Europa unabdingbar sind. Die zentrale Rolle der Industrie in der Umsetzung der Klimaschutzziele wurde im letzten Jahr auch von der EU-Kommission mit dem Industrieplan zum „Green Deal“ anerkannt. Selbst wenn man nicht auf den guten Willen der politischen Verantwortsträger in den EU-Mitgliedsländern und auf europäischer Ebene setzt, müsste doch schon deren politisches Eigeninteresse ausreichen, um von einer künftig positiven Ausgestaltung der Standortbedingungen für industrielle Tätigkeit in Europa auszugehen.

Wenn viele Unternehmen dennoch skeptisch sind, dann ist das nicht ganz unverständlich. Wie oft schon wurden politische Pläne gewälzt und wohlgesetzt ausformuliert, die dann in einem Strudel verschiedenster – konfliktärer – Ziele und Interessenslagen untergegangen sind, etwa der als Folge der „Subprime-Krise“ 2007/08 entwickelte EU-Plan zur Re-Industrialisierung Europas. Aus Sicht der Industrie ist es daher dringend notwendig, dass man angesichts des extrem ambitionierten Ziels der Klimaneutralität eine klare Zielhierarchie schafft, in der man die für die Zielerreichung zentrale Rolle der Industrie auch mit höchster Priorität versieht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der für die Dekarbonisierung unverzichtbare Ausbau des elektrischen Stromnetzes wird weder bis zum Jahre 2040 noch bis 2050 vorangekommen sein, wenn jeder Kilometer an leistungsfähiger Stromleitung jahrzehntelange Diskussionsprozesse und Genehmigungsverfahren voraussetzt.

Die Skepsis vieler Unternehmen beruht aber nicht nur auf der fehlenden Konsistenz der Ziele (und damit der fehlenden Planbarkeit langfristiger Unternehmensstrategien und damit auch Unterneh-

mensinvestitionen), sondern auch auf einer häufig dilettantischen Umsetzung grundsätzlich positiver Ideen und Initiativen. Ein Beispiel dafür ist das Lieferkettengesetz. Seit Jahrzehnten gibt es Untersuchungen die zeigen, dass die Tätigkeit internationaler Unternehmen in Ländern mit fehlenden (oder bloß rudimentären) arbeitsrechtlichen Bestimmungen beziehungsweise geringer Rücksichtnahme auf Umweltauswirkungen erheblich zu einer Verbesserung von Schutzbestimmungen beiträgt – aufgrund der Vorbildwirkung und des dadurch aufgebauten Drucks auf die Gesetzgeber auch über die unmittelbaren Niederlassungen hinaus. Internationale Unternehmen haben eine wesentlichere Rolle bei der Verbesserung von Standards gespielt als politische Vereinbarungen und Deklarationen. Diese positive Rolle der Unternehmen ließe sich sinnvoll weiter entwickeln und teilweise wohl auch in einen Rechtsrahmen fassen. Stattdessen wird mit dem Lieferkettengesetz aber ein Bürokratiemonster erschaffen, das komplett unadministrativ ist und das Unternehmen in einer Situation ständiger Bedrohung durch willkürliche Anklagen hält.

Das Lieferkettengesetz ist nur ein besonders drastisches Beispiel dafür, dass Unternehmen mit bürokratischen Hürden konfrontiert sind, die – obwohl seit Jahrzehnten die Politik die Entbürokratisierung und Deregulierung angeblich ein Anliegen ist – einen immer größeren Teil der Ressourcen von Unternehmen beansprucht. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nicht mehr am Erfolg des Unternehmens mit, sie tragen nicht mehr zur noch besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Konsumenten bei, sondern erfüllen ein immer weiter ausuferndes Informationsbedürfnis einer Bürokratie, die oft selbst gar nicht mehr in der Lage ist, diese Informationen zu verarbeiten, geschweige denn als Steuerungsinstrument zu nutzen.

Konjunkturkrise und Strukturkrise der Industrie sind real. Aber ebenso real ist die politische Strukturkrise, die sich in konfliktären Zielsystemen, praxisfremden Regularien und selbstzweckhaftem Bürokratismus äußert. Diese politische Strukturkrise ist wohl die größte Gefahr für den Industriestandort Europa. ■



Für Andritz als breit aufgestelltes und global tätiges Technologieunternehmen ist die freie Beweglichkeit von Kapital, Personal und Gütern essenziell.

Industriebetriebe: Mit den Rücken zur Wand

Die Lage für die Industrie bleibt weiter schwierig. Eine schwächelnde Konjunktur und bürokratische Lasten machen der Wirtschaft schwer zu schaffen.

In den letzten Jahren hat sich der globale Wettbewerb zunehmend verschärft. Die Krisen haben deutliche Spuren hinterlassen. Der Wirtschaftsmotor ist ins Stocken geraten. Als Folge fällt der Industriestandort Europa im Vergleich mit den USA und Asien immer weiter zurück. „Das makroökonomische Umfeld ist herausfordernd, da die globalen Wachstumsraten aufgrund anhaltender geopolitischer Spannungen, hoher Energie- und Rohstoffpreise und der langsam sinkenden Zinssätze eher moderat ausfallen“, so Joachim Schönbeck, Vorstandsvorsitzender der Andritz AG. Dazu kommen eine zunehmende Bürokratie und gestiegene regulatorische Anforderungen.

Und genau an diesem Punkt entsteht eine große Gefahr für den Industriestandort Österreich. Denn als Folge wird von den Betrieben weniger oder gar nicht mehr investiert. Wir erleben bereits einen schleichenden Abfluss von industrieller Wertschöpfung. Das ist brandgefährlich, weil damit eine Deindustrialisierung über Jahre erfolgt. Im ersten Schritt wird in Richtung osteuropäische Werke ausgewichen. Im zweiten Schritt werden Werke in den USA oder generell in Amerika ein Thema. Von den hohen Kosten sind auch vor allem die kleineren Betriebe und die Mittelständler stark betroffen. Doch diese können nicht in Werke in Osteuropa oder in den USA ausweichen. Diese kämpfen schon jetzt und es wird noch schlimmer kommen, denn viele KMUs werden unter dem Kostendruck zusammenbrechen.



„Unnötige Bürokratie verschlingt Zeit und Geld, hemmt Innovationen und benachteiligt den Standort Österreich.“

Joachim Schönbeck,
Vorstandsvorsitzender der Andritz AG

Deindustrialisierung ein Thema

Laut einer aktuellen Umfrage von Deloitte im Auftrag der WKO unter mehr als 500 WKO-Mitgliedsunternehmen aus allen Fachverbänden der Sparte Industrie sehen mehr als die Hälfte (52 %) der befragten

Foto: Andritz AG

Industrieunternehmen die Attraktivität Österreichs als Industriestandort deutlich schwinden – und drei Viertel schätzen die Gefahr der Deindustrialisierung als stark (45 %) oder sehr stark (29 %) ein. Vor dem Hintergrund des verschärften globalen Wettbewerbs und des aktuellen Subventionswettkampfs, unter anderem mit den USA und China, betonen 40 % der Befragten, dass die EU deutlich aktiver werden sollte. Einen wesentlich höheren Stellenwert als andere Industrien messen die Holz-, Elektro- und Elektronik- sowie die Metalltechnische Industrie der drohenden Deindustrialisierung bei.

Doch es ist zu früh, um die Flinte ins Korn zu werfen. Schönbeck: „Die EU ist eine einmalige Erfolgsgeschichte. Sie hat Europa Wohlstand, Einheit und Frieden in einem unvorstellbaren Ausmaß gebracht. Wenn wir diesen Weg der europäischen Integration weitergehen, wird sich die Frage der Deindustrialisierung nicht stellen. Wir dürfen die EU nicht auf eine Behörde reduzieren, die den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Hier ist die Politik gefordert.“ Österreich ist eines der wohlhabendsten Länder dieser Welt. „Das ist keine Selbstverständlichkeit und muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Höhere Kosten können wir nur durch Innovation und Produktivitätsgewinne rechtfertigen. Wenn wir langfristig über unsere Verhältnisse leben, gefährden wir unsere Grundlagen“, so Schönbeck.

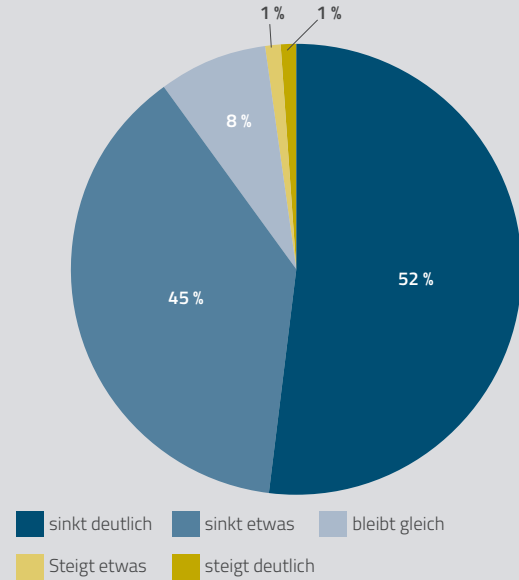
Bürokratiewahnsinn

„Ich denke, in ganz Europa ist das Thema „wachsende Bürokratie“ von Bedeutung. Sowohl börsennotierte Konzerne als auch mittelständische Familienunternehmen sind auf einen effizienten und überschaubaren rechtlichen Rahmen angewiesen. Unnötige Bürokratie verschlingt Zeit und Geld, hemmt Innovationen und benachteiligt den Standort Österreich. Die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, unsere Unfähigkeit Freihandelsabkommen zu schließen und das gerade verabschiedete EU-Lieferkettengesetz sind eklatante Beispiele dafür, wie wir unsere Wettbewerbsfähigkeit willentlich schwächen“, erklärt Schönbeck abschließend.

Autorin: Herta Scheidinger

Attraktivität des Industriestandorts Österreich

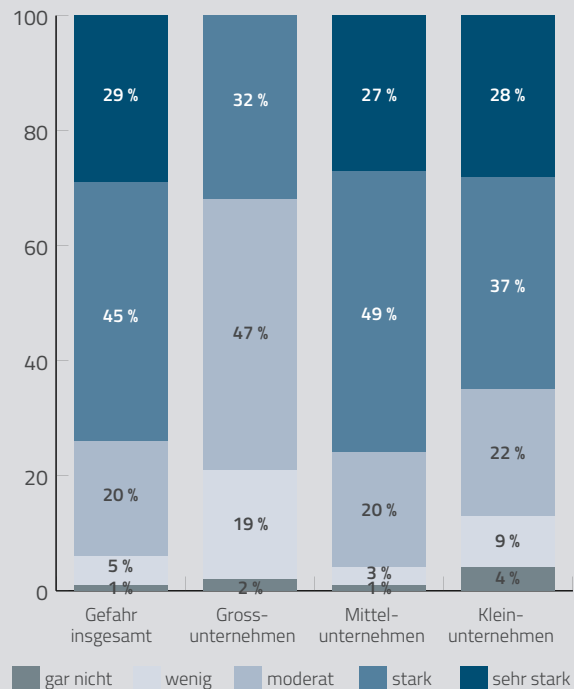
Frage: Wie wird sich die Attraktivität des Standorts Österreich im Vergleich zu anderen führenden Industriestandorten in den kommenden drei Jahren entwickeln?



Quelle: Deloitte, WKO

Gefahr der Deindustrialisierung in Österreich

Frage: Wie stark schätzen Sie die Gefahr ein, dass sich Österreich „deindustrialisiert“?



Quelle: Deloitte, WKO

Verantwortung für den Wohlstand zukünftiger Generationen

Das Momentum spricht zweifelsohne gegen den österreichischen Wirtschaftsstandort. Bei allen wichtigen Faktorkosten (Natur-, Human- und Finanzkapital) kann Österreich gegenüber seinen wichtigsten Konkurrenten im Chancen- und Verteilungswettbewerb um zukünftigen Wohlstand nicht punkten. Und das in einer global-konjunkturellen Gemengelage, in der sich ein überreguliertes Europa nach und nach aus den Weltmärkten preist. Im Ergebnis verlieren wir schleichend und damit gefährlich unbemerkt an Wirtschafts- und insbesondere Industriesubstanz.

Kaufmännische Grundgesetze sind stärker als Standortpatriotismus. Daher muss man derzeit schon lange suchen, um wahre Standortoptimisten zu finden. Vielmehr gibt es im Lichte desaströser Konjunkturprognosen vielerorts schicksalsergebene, hängende Köpfe. Diese verordnen der Wirtschaft einen Transformationsprozess nicht mit dem Ziel der Nutzung neuer wertschöpfender Möglichkeiten, sondern aus der Notwendigkeit des (arbeitsplatzvernichtenden) Schrumpfens.

Aber Österreich hat nach wie vor das Potenzial, eine wichtige Industrienation zu sein und darauf aufbauend zukünftigen Generationen Sicherheit und Wohlstand zu bieten. Es bedarf hierzu freilich einer gleichermaßen hemdsärmeligen wie auch verantwortunggetriebenen Perspektive fernab tagespolitischer Winkelzüge. Ein guter Beginn wäre anstatt des Austausches von festgefahrenen Meinungen der offene Diskurs. Es müssen Probleme glasklar angesprochen werden. Es muss ein produktiver Wettstreit von Ideen und Konzepten initiiert werden, und es muss Lernen ausdrücklich erwünscht sein. Es müssen ambitionierte quantitative Ziele definiert werden, die gut sind, auch wenn sie nur teilweise erreicht werden (können). Es muss langfristige Resilienz und Anpassungseffizienz vor kurzfristigen Interessen stehen. Dann wird sich Österreich als Teil eines weit größeren wirtschaft-



lichen Gebildes erkennen lassen – womit allerdings auch die schmerzliche Erkenntnis verbunden sein wird, dass eine kleine offene Volkswirtschaft geringe Spielräume in der Ausgestaltung von klientelpolitisch motivierten Steuergeschenken oder der Übersteuerung von Energiepreisen und Lohnkosten hat, als man es sich im stolzen Selbstbild gemein-

hin zugesteht.

Wir sollten uns dazu austauschen, dass die vorherrschende demografische Entwicklung eine völlig andere Gewichtung in der Budgetierung öffentlicher Haushalte erfordert. Dass wir die junge Generation am Arbeitsmarkt nicht nur als faul, fordernd und unentschlossen bezeichnen, sondern sie mit ihrem digitalen Wissen als Leistungsträger anerkennen. Dass wir endlich akzeptieren und es ermöglichen, dass Frauen zentrale Triebkräfte der Wertschöpfung sind. Dass wir uns vor dem Hintergrund der KMU-strukturierten österreichischen Volkswirtschaft für die Grüne Transformation Elastizitäten erkaufen müssen bzw. effizientes und fokussiertes Geld für technologie neutrale und missionsorientierte Förderpakete benötigen. Diese Liste ließe sich noch lange weiterführen – allerdings unter zwei Bedingungen: Erstens, angenehm-einfach klingende Erklärungen reichen nicht. Zweitens, neben dem Eigennutzen muss der Blick auf das (zukünftige) Gemeinwohl erlaubt sein.

Am Ende des Tages müssen wir uns die Fragen stellen, wie man in diesem Land Verantwortung für die Zukunft und damit Verantwortung für den Wirtschaftsstandort übernimmt, und wer diese Verantwortung übernimmt. Und das ist im Sinne der Nachhaltigkeit ganz sicher kein fatalistisches Spiel mit dem vorherbestimmten Ergebnis einer de-industrialisierten Gesellschaft. ■

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des Industrierwissenschaftlichen Institutes (IWI)

Reparaturpaket für den Standort

Der Industriestandort Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Was es jetzt braucht, ist professionelle Standortpolitik. Damit es nicht zum dauerhaften Abfluss von industrieller Wertschöpfung kommt, wurde ein Maßnahmenpaket erarbeitet.

1. Anreize zum (Mehr-)Arbeiten: „Leistung muss sich lohnen“-Paket

- Steuerfreibetrag für Vollzeitarbeit bzw. für die Erhöhung des Stundenausmaßes bei Teilzeitbeschäftigung.
- Entfall der Beitragspflichten für Arbeitnehmer zur Sozialversicherung in der Regelpension bis zur Höchstbemessungsgrundlage.
- Staatlich garantierte Pensionsansprüche bei Verschiebung des genehmigten vorzeitigen Pensionsantritts (Reformschutz).
- Werkwohnungen für Mitarbeiter bis 75 m² nicht sachbezugs pflichtig, als Maßnahme gegen die stark steigenden Wohnkosten.
- Gesellschaftspolitischer Diskurs zur Notwendigkeit von (Mehr-)Leistung und Eigenverantwortung in Österreich.

2. Entlastung I: Stufenplan zur Senkung der Steuern- und Abgabenquote von derzeit rund 43 Prozent auf unter 40 Prozent

- Neue Steuern wie Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer sowie generelles Unternehmer-Bashing („Fat Cat Day“) sind ein Investorenvertreibungsprogramm und respektloser Unsinn

3. Entlastung II: Massive Senkung der Lohnnebenkosten um mehrere Prozentpunkte unter den EU-Durchschnitt

- Streichung von Wohnbauförderung und FLAF aus den Lohnnebenkosten.
- Benchmarking mit europäischen Best-Practice-Beispielen bei Sozialversicherungsabgaben.
- Beibehaltung der steuerfreien Prämie für Mitarbeiter („Teuerungsprämie“).

4. Nachhaltige Finanzpolitik: Schuldenbremse mit dem Ziel von ausgeglichenen Budgets über den Konjunkturzyklus

- Haushaltsdisziplin am Beispiel der Schweiz, Dänemarks oder der Niederlande

5. Schlanker Staat: Entbürokratisierungs und Digitalisierungspaket im öffentlichen Sektor

- Praxistaugliche Umsetzung des Lieferkettengesetzes.

- Schnellere Genehmigungsverfahren und Reduktion der Berichtspflichten.

- E-Government-Offensive, Ausbau der digitalen Behördenverfahren.

- Bürokratiebremse One-in-one-out-Regel

6. Fachkräfte der Gegenwart: Programme für den qualifizierten Zuzug von Fachkräften

- Weitere Verbesserungen bei der RWR-Card.
- Etablierung von Ausbildungspartnerschaften mit Drittländern.

7. Fachkräfte der Zukunft: Duale Ausbildung als absolutes Stärkefeld der heimischen Bildungspolitik ausbauen, MINT-Graduierungen um 20 Prozent steigern

- Lehrlings-Ausbildungsprämie in der Höhe von 15 Prozent der Ausbildungskosten.

- HTL- und technische Hochschulausbildung vortreiben – Mathematikunterricht modernisieren

8. Forschung und Innovation: Budgets für technologieoffene direkte und indirekte Forschungsförderung ausbauen

- Forschungsprämie erhöhen.

- Budget für FFG-Basisprogramme ausbauen.

9. Energieversorgung: Maßnahmen zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, beschleunigter Energieinfrastruktur-Umbau

- Strompreiskompensation bis 2030

- Reduktion der Energieabgaben

- Abbau der Nachteile der Strompreiszonen-trennung zu Deutschland

10. Attraktivierung von zukunftssträchtigen, wertschöpfungsintensiven Investitionen für die technologieoffene grüne und digitale Transformation

- Unterstützung von Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie, Level Playing Field mit den USA.

- Forcierung von Technologien zur digitalen Transformation

Österreich steht wirtschaftspolitisch an der Kippe

Von der Bürokratieentlastung bis zur Lohnnebenkostensenkung – Österreich braucht dringend einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, um den nächsten Aufschwung nutzen zu können.



Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung

Unternehmerische Freiheit und ökonomische Offenheit wachstumsstarken Wirtschaftsräumen gegenüber – das ist das bewährte Rezept, um aus wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu gelangen. Dass wir uns in Österreich, in Deutschland, in Europa in solchen befinden, wird wohl niemand mehr bezweifeln. Statt sich allerdings an marktwirtschaftlichen Grundsätzen als Garant für Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit zu orientieren, feiert die Europäische Union offenbar hauptsächlich eine Lockerung der Subventionsregeln. Unser Wettbewerbsnachteil liegt aber nicht in einem Mangel an öffentlichen Geldern.

2024 wird wirtschaftlich ein intensives Jahr für Österreich. Umso wichtiger ist es, sich nicht den Verlockungen des Wahlkampfes mit schwer finanzierbaren neuen (Wahl-)Versprechen hinzugeben, oder – schlimmer noch – im koalitionsfreien Raum Maßnahmen zu beschließen, die wir uns schlicht und einfach nicht leisten können. Es gibt viel zu tun und standortrelevante Punkte aus dem Regierungsprogramm harren noch ihrer Umsetzung.

2024 ist das Jahr, in dem wir eine deutliche Rezession zu meistern haben. Das wird uns ohne Zweifel gelingen – wenn österreichische Unternehmen bessere Rahmenbedingungen erhalten, um auf den Weltmärkten erfolgreich navigieren zu können. Bei schönem Wetter mag so manche Widrigkeit leicht wegzustecken sein. Der wahre Kapitän zeigt sich bekanntermaßen bei Sturm.

Was brauchen wir also, um Industrie und Wirtschaft auf Kurs zu halten? Die viel zu hohen Lohnnebenkosten gilt es weiter zu senken – signifikant, auch um eine Dämpfung bei den durch die hohen Abschlüsse massiv steigenden Lohn(stück)kosten zu erreichen. Und nicht zuletzt müssen wir auch bei energiepolitischen Maßnahmen am Ball bleiben,

um den Kostendruck zu senken. Weniger Bürokratie und endlich flotte Genehmigungsverfahren helfen, die Energiewende schneller voranzutreiben. Hier liegt eine massive Chance, Investitionen in Österreich anzukurbeln und den Aufschwung damit zu unterstützen.

Für die Bewältigung der vielen Herausforderungen, vor denen die Wirtschaft derzeit steht, braucht es aber auch ein starkes Europa. Die drei Säulen, auf die sich die EU lange verlassen hat, sind mehr als nur ins Wanken geraten: günstige und sichere Energieversorgung, gewinnbringende Exporte nach China und Asien sowie sicherheitspolitische Rückendeckung durch die USA. Statt sich diesen Wahrheiten zu stellen – etwa durch eine gemeinsame europäische Energiepolitik, die Vollendung der europäischen Kapitalmarktunion und die Stärkung (wirtschaftlicher) Beziehungen zu aufstrebenden Weltregionen –, gibt die EU den weltverbessernden Oberlehrer. Das wird kaum deutlicher als durch die Lieferkettenregelung, die im letzten Anlauf durch die belgische Ratspräsidentschaft gegen die Stimmen von Deutschland, Österreich und acht weiteren Staaten durchgedrückt wurde. Zuständig für die Achtung von Menschenrechten in den globalen Lieferketten sollen gemäß der Regelung europäische Unternehmen sein, die offenbar EU-Gesetze in fernen Ländern durchsetzen müssen, weil sich die EU-Politik nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischen kann. Sollte sie auch nicht. Genauso wenig wie Unternehmen. Mit der für den exportierenden Mittelstand unerfüllbaren Regelungen (Verantwortung für die gesamte (!) Wertschöpfungskette, etc.) schießt sich die Europäische Union wieder selbst ins Knie.

Die Ambitionen der EU im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich haben sich in vergangenen Jahren in einer umfangreichen Gesetzgebungsagenda niedergeschlagen: Zwischen 2019 und 2023 hat der europäische Gesetzgeber Unternehmen insgesamt 850 neue Verpflichtungen auferlegt, was mehr als 5.000 Seiten an Rechtsvorschriften entspricht. Überbordende Berichtspflichten bedeuten enormen Verwaltungsaufwand und Compliance-Kosten für Unternehmen und stehen damit einer höheren In-

vestitionstätigkeit im Weg. Der Abbau von Bürokratie ist ein kostenfreies Konjunkturprogramm. Er war selten so dringend und geboten wie jetzt.

Während die USA und China mit unterschiedlichen, aber höchst wirksamen Mitteln um die Führungsrolle in allen wesentlichen Bereichen der Weltwirtschaft ringen, zieht die EU den Wirtschaftsstandort Europa mit besten Vorsätzen in die Bedeutungslosigkeit. Dass jene europäischen Unternehmen, dies Kraft ihrer internationalen Produktionsstandorte können, dann woanders investieren, liegt auf der Hand und passiert. Es ist Zeit, den moralischen Zeigefinger auf der Weltbühne einzufahren und einen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, der Europa wieder auf ökonomische Augenhöhe bringt: regulatorische Belastungen abbauen, in Innovation investieren und globale Partnerschaften stärken. Die EU steht wirtschafts- und sicherheits-

Der Abbau von Bürokratie ist ein kostenfreies Konjunkturprogramm. Er war selten so dringend und geboten wie jetzt.

politisch an der Kippe – dabei ist die wirtschaftliche Kraft die größte und letzte verbliebene Stärke des kleinteiligen Europas. Es ist Zeit für eine Weichenstellung, die die EU diesem Anspruch wieder gerecht werden lässt. Davon hängt auch der Erfolg des Standortes Österreich massiv ab.

Die EU und Österreich sind 2024 weiterhin mit einer Vielzahl an Konflikten und Krisen konfrontiert. Es gibt aber auch Grund zu Optimismus: In den letzten fünf Jahren hatten wir in Österreich in der Industrie eine wirklich gute Performance. Das war die Leistung unserer Arbeitskräfte, unserer Innovationskraft und unseres Gespürs für internationale Märkte. Jetzt geht es darum, den Unternehmen und ihren Beschäftigten wirtschaftspolitisch den Weg zu ebnen, um die Chancen, die Energiewende und internationaler Handel bieten, optimal nutzen zu können. ■

Bei ZKW sieht man die Deindustrialisierung Europas bereits im vollen Gange.



Die Lage für die Industrie bleibt weiter schwierig. Der Druck steigt.

Die Wirtschaft entwickelt sich schlechter als angenommen. Die Unternehmen blicken mit Sorge in die Zukunft. Der Industriestandort Europa ist in Gefahr.

Die österreichische Industrie ist ein wichtiger Grundpfeiler des heimischen Wohlstands. Darum gilt es, im Kampf gegen die aktuellen Herausforderungen, die richtigen Antworten zu finden, denn die Lage ist ernst. Europa wird von den USA und China zunehmend wirtschaftlich abgehängt. Beim aktuellen Wirtschaftswachstum gehört Österreich zu den letzten drei in Europa. Die österreichische Wirtschaft schwächelt. Dazu Thomas Gangl, CEO Borealis: „Die europäische Industrie befindet sich in der schlimmsten Rezession seit Jahren: Die Nachfrage sinkt, Investitionen werden verlagert oder gestoppt. In der Folge wird die Produktion gedrosselt, Fabriken werden geschlossen und Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Diese Industriezweige sind jedoch das Fundament unserer modernen Gesellschaft und das Rückgrat unserer europäischen Wirtschaft. Sie sind es, die

die Klimalösungen liefern können, die Europa so dringend braucht. Wir können es uns nicht leisten, unsere Industrie und damit die Zukunft Europas aufs Spiel zu setzen.“

Gegensteuern der Betriebe

Verantwortlich für diese Situation sind auch die zögerlichen Reaktionen der heimischen Politik, die es verabsäumt die Betriebe kostenseitig zu entlasten. Die Unternehmen ergreifen ihrerseits Maßnahmen, um nicht unter die Räder zu kommen. Die ZKW Group ist ein Spezialist für innovative Premium-Lichtsysteme und Elektronik und somit weltweiter Partner der Automobilindustrie. Bereits im Frühjahr 2023 hat ZKW publik gemacht, dass am Standort Wieselburg ein Sparkurs verfolgt wird. Dazu wurde für die Jahre 2023 und



Wilhelm Steger, CEO ZKW Group

2024 ein Kostensenkungsprogramm inklusive Sozialplan abgeschlossen. „Das bestimmt unser Jahr 2024 noch weiter hier in Österreich. Denn in Westeuropa trifft die Automobilzulieferindustrie auf mehrere strukturelle Herausforderungen. Der erhöhte Preisdruck in der gesamten Branche – auch durch den starken Wettbewerb von chinesischen Mitbewerbern – sowie die hohen Energie- und Lohnkosten machen auch ZKW zu schaffen“, so Wilhelm Steger, CEO der ZKW Group. Den Auswirkungen von hoher Inflation, hohen Materialkosten sowie den durch die Folgen der Pandemie noch immer teilweise brüchigen Lieferketten, muss bei ZKW durch gezielte Maßnahmen aktiv gesteuert werden.

Standortqualität sinkt

In der Tat ist es schwierig, westeuropäische Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten, zu groß ist der Kostenrucksack für die Unternehmen. Das bestätigt auch Wilhelm Steger. „Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss man bei folgenden Punkten ansetzen: Lohnkosten, Energiepreise, niedrigere Kosten in der Lieferkette etc. Die regionale Geschäftsentwicklung von ZKW steht im Einklang mit der globalen Marktentwicklung. Unser Ziel ist es, ein ausgewogenes regionales Portfolio zu haben. Derzeit kommen etwas mehr als zwei Drittel unseres Umsatzes aus Europa (69 %). Dieser Anteil wird bis 2027 auf rund 43 Prozent sinken. Wachstum kann vor allem in Nordamerika und Asien erzielt werden. Europa hingegen wird stagnieren – was nicht nur auf Marktfaktoren, sondern auch auf die schlechten Standortbedingungen zurückzuführen ist. Die Deindustrialisierung Europas steht nicht im Raum, sie ist bereits im Gange.“

Thomas Gangl bekräftigt: „Es ist höchste Zeit, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas wiederherzustellen und den Übergang zur Klimaneutralität



Borealis fordert wirksame Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas wiederherzustellen.

zu schaffen. Wir brauchen jetzt mehr denn je einen starken politischen Rahmen, um Wachstum, Investitionen und Innovation in Europa zu fördern und letztlich im globalen Wettbewerb zu bestehen.“

Blick in die Zukunft

Die globalen Entwicklungen der nächsten Jahre sind nicht nur für Konzerne wie ZKW oder Borealis wesentlich, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt – für Österreich, aber auch für die EU. „Wir befinden uns in einem systemischen Wettstreit und müssen nicht nur die Stabilität und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent wahren, sondern auch unsere Nachbarschaft muss darüber hinaus nachhaltig stabilisiert werden“, so Steger.

„Für mich persönlich ist es wichtig, nicht in eine Jammerkultur zu verfallen, sondern mit Zuversicht und Motivation in die Zukunft zu blicken. Wir bei Borealis arbeiten aktiv daran, unseren Beitrag zu leisten. In enger Zusammenarbeit mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft können wir die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen. Gemeinsam“, gibt sich der Borealis-CEO optimistisch. ■



Thomas Gangl, CEO Borealis

Autorin: Herta Scheidinger



„Österreich und Europa müssen darauf achten, dass sie sich nicht aus dem Markt herauspreisen“

Mag. Michael Otter, Leiter Aussenwirtschaft Austria in der Wirtschaftskammer Österreich, spricht im Interview über die Schwierigkeiten der heimischen Exportbetriebe aufgrund der sehr herausfordernden Rahmenbedingungen, Asien als Exporttreiber und die Nische als Strategie.

Foto: beigestellt

Die heimische Industrie durchlebt gerade eine schwere Phase. Das Global Business Barometer der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA gibt regelmäßig Aufschluss über das aktuelle Geschäftsklima. Wie beurteilen Sie die aktuellen Ergebnisse im Hinblick auf den internationalen Handel?

Michael Otter: Die aktuellen Außenhandelsdaten zeigen Licht und Schatten: Unsere mehr als 63.000 Exportbetriebe konnten zwar 2023 erstmals die Rekordmarke von 200 Milliarden Euro durchbrechen. Wir sehen aber auch, dass sich die schwierigen Rahmenbedingungen in der bisher stabilen österreichischen Exportwirtschaft niederschlagen. Der Anstieg der Wareneinfuhren hat an Dynamik verloren. Das bestätigt auch unser Global Business Barometer, das einen Einblick in die Geschäftserwartungen österreichischer Auslandsniederlassungen in 76 Staaten eröffnet. In vielen Ländern – vor allem unseren Top-Märkten – sehen wir für 2023 einen verhaltenen Ausblick, der von Stagnation geprägt ist. Es gibt jedoch starke regionale Unterschiede.

Welche Trends sehen Sie aktuell im Exportsektor, und wie beeinflussen diese die heimischen Industrieunternehmen?

Internationale Handelskonflikte, die Folgen der Corona-Pandemie, die Digitalisierung oder die Grüne Transformation und der damit einhergehende steigende Bedarf nach Rohstoffen hat bei vielen Industrieunternehmen zu einer Anpassung der Strategie geführt. Die Themen Diversifizierung von Lieferketten und Absatzmärkten stehen für viele Industrieunternehmen auf der Agenda weit oben. Großes Interesse orten wir bei Betrieben auch für das Thema Nearshoring, also die Verlagerung betrieblicher Aktivitäten ins nahegelegene Ausland.

In welchen Ländern sehen Sie momentan die größten Herausforderungen für Exporteure und warum?

Als Bremse für den Innovations- und Wohlstandsmotor Exportwirtschaft wirken stark gestiegene Energie-, Personal- sowie Bürokratiekosten im

Inland sowie geringe Wachstumsimpulse aus unseren Top-Märkten. Deutschland erwartet etwa für heuer nur minimales Wachstum. Insgesamt hat sich der Ausblick der Auslandsniederlassungen in der EU und in den CEE-Ländern leicht verschlechtert und zeichnet ein eher negatives Bild, wo sich Stagnation und Pessimismus die Waage halten.

Welche neuen Märkte treten Ihrer Meinung nach in den Fokus von Industrieunternehmen?

Wer sich mit Zukunft, Trends und Chancen von morgen beschäftigt, für den führt kein Weg an Asien vorbei. Von kapitalstarken High-Tech-Ländern wie Japan oder Südkorea über die innovativen Länder Südostasiens bis zu den beiden Giganten China und Indien – in dieser Region sehen wir großes Potenzial für Know-how aus Österreich. Geschäftsmöglichkeiten eröffnen sich durch Megatrends wie etwa die zunehmende

Wer sich mit Zukunft, Trends und Chancen von morgen beschäftigt, für den führt kein Weg an Asien vorbei. In dieser Region sehen wir großes Potenzial für Know-how aus Österreich.

Urbanisierung. Damit einher geht etwa der Bedarf, die Verkehrs- und Energie-Infrastruktur weiter auszubauen und zu modernisieren. Ebenso steigt die Nachfrage nach smarten Lösungen im Umweltsektor. Gerade in diesen Feldern hat unsere Exportwirtschaft ihre Stärkefelder. Weitere Megatrends sehen wir bei der Modernisierung der Industrie oder bei Green Tech-Lösungen. Gute Chancen für Österreichs Betriebe gibt es in diesen und weiteren Sektoren auch in Afrika oder Lateinamerika, wo wir ebenso Schwerpunkte setzen wie in den USA und in Europa. Heuer richten wir etwa den Fokus auf den Donaauraum. Außerdem beschäftigen wir uns intensiv mit der EXPO 2025 in Osaka, die eine große Chance für

österreichische Industriebetriebe ist, den Blick nach Japan zu richten.

Wie bewerten Sie die Rolle der Digitalisierung in der Exportwirtschaft, und welche Chancen und Risiken sehen Sie darin?

Studien zeigen ganz klar: Wer exportiert, der digitalisiert. Firmen, die im Export tätig sind, investieren stärker in Forschung und Entwicklung sowie Digitalisierung. Hightech-Unternehmen weisen mit rund 80 Prozent die höchsten F&E-Aktivitäten und mit 70 Prozent auch den größten Exportanteil am Umsatz auf. Klar ist aber auch: Die zunehmende Digitalisierung, die ja nicht nur bei uns stattfindet, sondern rund um den Globus, bringt neue Wettbewerber aus neuen Regionen und setzt damit den gesamteuropäischen Standort unter Druck – und damit auch Österreich.

Können Sie Beispiele für erfolgreiche Exportstrategien heimischer Industrieunternehmen aufzeigen, und was lässt sich daraus lernen?

Es wird immer wichtiger, in sehr kurzen Zeiträumen maßgeschneiderte Lösungen entwickeln und liefern zu können. Wer anpassungsfähig, flexibel und schnell agieren kann, ist natürlich im Vorteil. Das haben viele österreichische Exportfirmen, die in ihren Nischen Qualitätsführer sind, verinnerlicht. Ein Erfolgsfaktor für die Zukunft wird außerdem sein, noch mutiger zu handeln und direkt Wachstumsmärkte anzusteuern. Dabei wird es immer wichtiger, die Präsenz in Fernmärkten noch stärker als bisher auszubauen.

Wie schätzen Sie die internationale Konkurrenzsituation ein, und wie können sich lokale Unternehmen hier international abheben?

Es ist eindeutig ein Zeichen für die hohe Attraktivität der österreichischen Exporteure, dass sie trotz des weltweit schwachen Exportjahres ihr Exportvolumen steigern konnten. Das zeigt ganz klar, dass unsere Exportbetriebe sich durch Qualität, Innovation und Zuverlässigkeit von der Konkurrenz hervorheben. Außerdem punkten wir

mit erfolgreichen Nischenstrategien. Insgesamt müssen wir darauf achten, dass sich Österreich und Europa nicht aus dem Markt herauspreisen. Wenn etwa ein mexikanischer Anbieter um 15 Prozent günstiger ist, dann laufen wir Gefahr, dass seine Waren anstatt österreichischer gekauft werden, auch wenn deren Qualität noch höher ist.

Welche heimischen Branchen sind Ihrer Meinung nach am besten für den internationalen Markt gerüstet?

Die Produktpalette ist breit: Unsere Export-Stärke liegt traditionell im Bereich Maschinenbau, aber auch beim Fahrzeugbau ist made in Austria stark nachgefragt. Chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl oder Nahrungsmittel zählen ebenso zu unseren Exportschlagern. Zu den Hoffungsbranchen, in denen unsere Unternehmen bereits mit ihrem Know-how weltweit punkten – die aber in Zukunft international noch intensiver zu positionieren sind – zählen vor allem die Bereiche Energie, Umwelttechnologie, Bau und Infrastruktur. Auch bei den Dienstleistungen konnte Österreichs Wirtschaft – vor allem nach Corona – wieder beachtliche Erfolge erzielen.

Wie beeinflussen die aktuellen geopolitische Entwicklungen die Exportstrategien der österreichischen Unternehmen?

Volatile Energiemärkte als Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, US-Subventionen und Handelsbarrieren entlang der grünen Wertschöpfungskette oder Mehrkosten durch eine Rekonfiguration der Lieferketten im Zuge des Konflikts zwischen den USA und China schaffen Wettbewerbsnachteile und neue Herausforderungen. Gerade angesichts der Neuordnung der Gravitationskräfte in der Weltwirtschaft bleibt die Diversifikation der Zielmärkte der heimischen Exportwirtschaft besonders wichtig. Darüber hinaus gewinnen geopolitische Risikoanalyse und Risikomanagement in den Unternehmen an Bedeutung. In der AUSSENWIRTSCHAFT beschäftigen wir uns intensiv mit diesen Themen, damit



Michael Otter, Leiter
AUSSENWIRTSCHAFT
AUSTRIA
in der Wirtschafts-
kammer Österreich

Unternehmen auch hier von unserem Know-how, Service und Netzwerk profitieren können.

Gibt es aus Ihrer Sicht unterschätzte Risiken im internationalen Handel, die Unternehmen stärker in den Fokus nehmen sollten?

Insgesamt wird das Umfeld deutlich schwieriger, in dem wir uns bewegen. Wir sehen, wie sich eine neue multipolare Wirtschaftswelt herauskristallisiert: Das weltweite Handelssystem tritt auf der Stelle, WTO und Doha-Runde stecken im Reformstau. Regionale Wirtschaftsblöcke, wie Südostasien, gewinnen immer mehr an Bedeutung. Entlang dieser Wachstumszentren entstehen neue Wertschöpfungsketten. Um hier profitieren zu können, müssen Unternehmen künftig noch stärker vor Ort vertreten sein. Etwa durch den Aufbau von Produktion, Vertriebsgesellschaften oder Beteiligungen im Zielmarkt. In Zukunft geht es weniger um die Höhe unserer Exportquote, eher sollten wir über Internationalisierungsquoten sprechen. Das heißt, wie stark sind wir mit einer Wachstumsregion vernetzt. Hier müssen wir stärker andocken. Umso wichtiger ist es, dass

sich die EU mit anderen Wirtschaftsregionen und Ländern mit Investitions- und Handelsabkommen vernetzt, die für den rechtlichen Rahmen sorgen.

Wie kann die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Industrieunternehmen bei ihren Exportbestrebungen unterstützen?

Als AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA sind wir Wegbereiter und -Begleiter für unsere innovativen Exportbetriebe. Das gilt umso mehr in einer Zeit und Welt, die von einem extremen Wandel geprägt ist, der wiederum von einer starken Dynamik angetrieben wird. Wir möchten Unternehmen auch dabei unterstützen, Trends und Geschäftschancen, die sozusagen beyond the box liegen, zu identifizieren und zu nutzen. Wir intensivieren unsere Angebote für die Betriebe punktgenau und wirkungsvoll – sowohl in Top-Märkten als auch Zukunftsmärkten. Im Vorjahr konnten wir Unternehmen mit mehr als 54.000 individuellen Beratungsgesprächen mit unserem Netzwerk in mehr als 70 Ländern servizieren. ■

Autor: Stephan Scoppetta



Das BMW Group Werk Steyr ist mit 4.500 Mitarbeitern das weltweit größte Motorenwerk der BMW Group.

Standort-„Uphill-Battle“ der Automotiven Zulieferindustrie Österreichs

Die Automotive Zulieferindustrie durchläuft gegenwärtig einen tiefgreifenden Wandel. Die Treiber dieser Entwicklung sind vielfältig, im Mittelpunkt stehen Ökologie und Digitalisierung.

Der geplante Umstieg auf Alternativen, in der Regel elektrifizierte Antriebstechnologien, stellt Autobauer und mit ihnen die Zulieferindustrie vor große Herausforderungen. Eine Umstellung auf Batterien oder Brennstoff-Zellen greift tief in das Engineering und Design zentraler Fahrzeugelemente ein. In diesem Zusammenhang ändern sich die Struktur, die Organisation und die Stabilität von Automotive-Supply Chains. Gleichzeitig durchlaufen die Unternehmen eine weitergehende Digitalisierung, welche Werttreiber von der Hardware in Richtung Software und verbundene Services verschiebt. Dies wird verstärkt durch neue digitale Enduser-Applikationen, welche durch den Ausbau digitaler Dienste (5G-Abdeckung, Web3, Metaverse) ermöglicht werden.

Generell zeigt sich, dass auf dem Weg zur E-Mobilität eine Reihe von Hürden zu überwinden sind. Neben den jüngst durchlebten und aktuellen Krisen wie der COVID-Pandemie, der anhaltend hohen Preisdynamik, mit ihren Effekten auf die Realeinkommen, politischer Instabilität und Unterbrechungen globaler Wertschöpfungsketten, sind es der hohe Einstiegspreis in die Technologie für den Nutzer, die immer noch geringe Reichweite der Elektrofahrzeuge, die Ladedauer und der unzureichende Ausbau der Ladeinfrastruktur, welche eine raschere Systemumstellung verhindern. Das führt dazu, dass traditionelle Fahrzeugdesigns noch einige Zeit ein bedeutendes Marktsegment bilden

werden. Ein regulatorischer Phase-out-Pfad für Verbrennungsmotoren unter temporärer Berücksichtigung von Übergangstechnologien wie bspw. E-Fuels wäre unabhängig davon jedoch sehr wichtig, um Planungssicherheit für Marktchancen und Anpassungsprozesse zu schaffen.

Forcierung der Transformation

Im Vergleich zu anderen Ländern besteht in Österreich signifikanter Aufholbedarf im Zusammenhang mit Förderinstrumentarien, welche auf den Automotiven Transformationsbedarf fokussieren. So werden z. B. in Großbritannien über das Advanced Propulsion Centre Fördermittel für die Automotive Transformation in Höhe von bis zu 850 Mio. Euro speziell für die Entwicklung, den Aufbau und die Sicherung einer wettbewerbsfähigen Lieferkette zur Verfügung gestellt. In Kanada wird im Rahmen des Zero Emission Vehicle Infrastructure Programs die Errichtung und Ausweitung von Wasserstoff-tankstellen und des Schnellladenetzes gefördert. In Japan wird die Transformation und Lieferketten-sicherheit der Automobilwirtschaft, u. a. durch gezielte Investitionen in Batterietechnologien gestärkt. Die USA oder Südkorea liefern ebenso interessante Good-Practices.

Die COVID-Krise hat im Bereich der Halbleiter gezeigt, wie verletzlich die europäische wie österreichische Automobilindustrie aufgrund fehlender

digitaler Technologieführerschaft geworden sind. Abhängigkeiten von Drittstaaten im Bereich digitaler Hardware-Komponenten wie auch Softwarelösungen gefährden Resilienzstrukturen. Einschlägige Subventionsprogramme in anderen Wirtschaftsräumen drohen die Wettbewerbsnachteile und Vulnerabilitäten weiter zu festigen. Europäische Formate wie u. a. der „European Chips Act“ oder die „Important Projects of Common European Interest (IPCEI)“ sind wichtige Antworten auf den etablierten Subventionswettbewerb, die es auf österreichischer Ebene unbedingt zu nutzen gilt.

Keine konkurrenzfähigen Faktormärkte

Gezielte Förderungsmaßnahmen für die Dekarbonisierung der Volkswirtschaft sind notwendig, um Betriebe im internationalen Wettbewerb zu unterstützen. Als noch viel umfassenderes Kriterium für die Wettbewerbsfähigkeit der Automotiven Zulieferindustrie sind allerdings die Faktormärkte per se zu definieren. Obwohl in Österreich diverse Initiativen umgesetzt werden, ist der heimische Markt weiterhin in hohem Ausmaß vom Fachkräftemangel betroffen. Die Aus- und Weiterbildungsqualität ist sohin ein nach wie vor wichtiges Standortpotenzial, welches es durch Sicherstellung eines auch langfristig ausreichenden Angebots an gut qualifizierten Fachkräften zu stabilisieren gilt. Dies erfordert bildungssystemische Verbesserungen, Perspektiven für weibliche, wie ältere Arbeitnehmer sowie die Attraktivierung für junge und Rahmenbedingung für ausländische Talente. Etwa in Tschechien, dem EU-Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, werden Initiativen implementiert, die gegebenenfalls als Vorbild dienen können.

Schwierige Finanzierungsbedingungen einerseits und hohe Energiekosten andererseits setzen die heimische Automotive Zulieferindustrie zusätzlich unter massiven Druck. Die auf Kapitalmärkten grundsätzlich verfügbaren Finanzierungsmittel mit den (wachsenden) Finanzierungserfordernissen der Unternehmen zu verbinden, ist eine Herkulesaufgabe, welche auf Sicht kaum gelöst scheint. Und, dass Österreich im weltweiten Standortwettbewerb

mittlerweile eine Spitzenposition bei Energiekosten einnimmt, stellt neben dem systemisch-wettbewerbsschädlichen Negativeinfluss auf die heimische Inflationsentwicklung den zusätzlichen signifikanten Druckpunkt dar.

Stärken bündeln, Nischen besetzen

Oft genannte Stärken Österreichs, bspw. bei Qualifikation und in Forschung, Technologie und Innovation (FTI), können angesichts der zunehmenden Leistungsfähigkeit und Qualität anderer Standorte (insbesondere in Asien) schnell an relativem Gewicht verlieren bzw. durch die Verschärfung des allgemeinen Kostendrucks erodieren. Im Spannungsfeld dieser Dynamik wird der Druck entlang von Lieferketten mit Sicherheit weitergegeben. Standortstärken bei Qualifikation und im Bereich FTI sind sodann ein vielversprechendes, allem voran jedenfalls überlebensnotwendiges, Fundament für neue Wege der Diversifizierung über Produktionstechnologien, Werkstoffkompetenz und Antriebstechnologien. Ein Fokus auf leistungs- und kreislauffähige Komponenten bietet Möglichkeiten für die Besetzung neuer Märkte, die benötigt werden, um kritische Rohstoffengpässe zu minimieren. Dies erfordert auch die Neukonfigurationen bestehender Produktions- aber auch Forschungsnetzwerke, für welche die heimische Förder- und Clusterlandschaft wichtiger Multiplikator sind.

Es gilt durch politische Entschlossenheit den Raum für unternehmerischen Innovationsgeist und das Besetzen neuer Nischen und Märkte zu eröffnen, um die Zukunft ins Rollen zu bringen. Das Ausspielen bestehender Stärken der Unternehmen der Automotiven Zulieferindustrie Österreichs etwa im Bereich Know-how und FTI sowie Umwelttechnologien bietet vielleicht die Chance, sich im Zuge einer paneuropäischen Industriestrategie, rund um Produktinnovationen, Kreislaufwirtschaft und neuer Absatzströme als wertschöpfender Intermediär neu zu positionieren. ■

Ronald Scheucher ist GF der Mainland Labs, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider ist GF des Industrierwissenschaftlichen Institutes (IWI)

In Österreich sind derzeit etwa 2.500 Biomasseheizwerke in Betrieb.



Nahwärmeverbund 4.0 für Digitalisierung, neue Wärmenetztechnologien und techno-ökonomische Bewertung von Nahwärme

Die Integration von Biomasse-Nahwärme in die österreichische Klimapolitik ist von zentraler Bedeutung und spielt eine entscheidende Rolle bei der Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes.

Fotos: Österreichische Bundesforste

Diese nachhaltige Energiequelle trägt nicht nur zur Schaffung von Arbeitsplätzen und lokaler Wertschöpfung bei, sondern fördert auch die Entwicklung einer nachhaltigen Infrastruktur, was die Attraktivität Österreichs als Industriestandort und Lebensraum steigert. Aktuell sind in Österreich etwa 2.500 Biomasseheizwerke in Betrieb. Die ältesten Heizwerke sind bereits seit rund 35 Jahren in Betrieb, und ein Großteil der Anlagen ist älter als zehn Jahre. Daher besteht ein hoher Bedarf an Renovierung und Modernisierung, um die Effizienz und Nachhaltigkeit dieser Anlagen zu gewährleisten.

Ein solides Benchmarking ist entscheidend, um den Modernisierungsbedarf zu identifizieren, technisch und wirtschaftlich zu bewerten und entsprechend zu priorisieren. Die Bearbeitung dieser Aufgaben erfordert eine enge Kooperation zwischen technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen.

Im Rahmen des geförderten Projekts „Nahwärmeverbund 4.0“ wurden in den vergangenen Jahren vom IWI in Zusammenarbeit mit den anderen ACR-Instituten AEE Intec, Güssing Energy Technologies und Österreichischer Kachelofenverband maßgeschneiderte Forschung und Entwicklung-Dienstleistungen für Betreiber von Heizwerken und Wärmenetzen entwickelt. Diese Dienstleistungen zielen darauf ab, einen gezielten und praxisnahen Wissenstransfer aus der Forschung und Entwicklung (F&E) in die Praxis für kleine und mittlere Unternehmen der Branche zu ermöglichen. Sie umfassen die Bereiche „Analyse und Benchmarking“, „Analyse regionaler Auswirkungen“, „Advanced Data Analyses und Digitalisierung“ sowie „Technische F&E-Konzepte“

Analyse und Benchmarking

Für die Analyse des aktuellen Zustands von Nahwärmesystemen wurde ein Erst-Check entwickelt, der anhand weniger Eingabedaten wie Netzdaten, Wärmeerzeugungsanlagen, Brennstoffeinsatz und Jahreswärmeproduktion



Produkte und Dienstleistungen „Made in Austria“ sind weltweit begehrt, die Exporte steigen.

ein erstes Benchmarking durchführt und Optimierungspotenziale aufzeigt. Zudem wurde ein Online-Portal zur Datenerhebung erstellt, über das interessierte Betreiber Daten für eine teilautomatisierte Detailauswertung hochladen können. Diese Daten stehen im Rahmen der Dienstleistungen des Nahwärmeverbunds 4.0 zur Verfügung und können direkt elektronisch verarbeitet und für weiterführende Analysen über eine Software-Schnittstelle genutzt werden.

Im Rahmen des Nahwärmeverbunds 4.0 wurde außerdem ein umfassendes Benchmarking entwickelt, das alle relevanten Einflussfaktoren wie erzeugte Wärmemengen je Kessel und Brennstoffart, betrieblicher Stromverbrauch, Personalkosten und Wärmeverbrauch der Kunden simultan berücksichtigt. Hierbei wurden verfügbare Daten von Heizwerken genutzt, um mithilfe der Data Envelopment Analysis die Kosteneffizienz und technische Effizienz einer repräsentativen



Stichprobe österreichischer Biomasseheizwerke abzuschätzen.

Durch diesen Ansatz können spezifische Einflussfaktoren von individuellen Heizwerken im Vergleich zu einem landesweiten Benchmark bewertet werden. Die Ergebnisse wurden genutzt, um Potenziale für Kosten- und Ressourceneinsparungen bei Nahwärmesystemen zu ermitteln und eine ganzheitliche technisch-wirtschaftliche Bewertung der analysierten Anlagen durchzuführen.

Analyse regionaler Auswirkungen

Im Rahmen des Projekts wurden auch die Auswirkungen auf die Region in Bezug auf Wertschöpfung, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung von Biomasse-Nahwärme unter Verwendung der Ergebnisse der Studie „Regionale

Wertschöpfung und Beschäftigung durch Energie aus fester Biomasse“ der Österreichische Energieagentur (2015) analysiert. Die Untersuchung in der KEM-Region Hartberg ergab, dass trotz eines Verbrauchs von rund 53 Prozent fossiler Energieträger und 47 Prozent fester Biomasse für die Heizenergieversorgung, die direkte regionale Wertschöpfung aus Wartung und Betrieb einschließlich der Bereitstellung von Brennstoffen für die biogenen Anlagen bei 3,8 Millionen Euro pro Jahr liegt. Im Vergleich dazu beträgt die Wertschöpfung aus Wartung und Betrieb der fossilen Anlagen 0,5 Millionen Euro. Das biogene System sichert 31 regionale Vollzeitäquivalente, während das fossile System 4,2 Vollzeitäquivalente beschäftigt. Der Geldabfluss aus der Region durch biogene Energieträger beträgt 0,9 Millionen Euro, während er durch fossile Energieträger bei

7,2 Millionen Euro liegt. Die CO₂-Emissionen durch Bioenergie belaufen sich auf 1.600 Tonnen pro Jahr, während sie durch fossile Energieträger bei 58.500 Tonnen pro Jahr liegen.

Ein Ausbau des Biomasseanteils zur Wärmebereitstellung auf 100 Prozent würde sich somit positiv auf die regionale Beschäftigungssituation auswirken (6,5 Millionen Euro regionale Wertschöpfung jährlich), den jährlichen Geldabfluss durch Wartung und Betrieb reduzieren und auch die CO₂-Emissionen erheblich verringern.

Advanced Data Analyses und Digitalisierung

Um die Daten von Biomasseheizwerken zu organisieren und strukturieren, wurde ein Softwaretool entwickelt, das Schnittstellen zu anderen Systemen wie dem Open Source-Paket R

bietet. Das Hauptziel bestand darin, Schnittstellen zu verschiedenen Monitoring-Systemen von verschiedenen Herstellern und Systemarchitekturen im laufenden Betrieb zu implementieren, um eine umfassende teil- oder vollautomatische Datenverarbeitung und Analyse zu ermöglichen und Arbeitszeit zu sparen. Das Tool generiert standardisierte Diagramme, um die Ergebnisse visuell darzustellen. Es wurde eine Kombination aus R und dem Datenvisualisierungstool Grafana entwickelt, um die Grafiken zu erstellen, die als Grundlage für Entscheidungen über Netzaus- und -umbauten dienen. Im Rahmen spezifischer Aufträge bietet der Nahwärmeverbund 4.0 einen Leitfaden für Datenmanagement und Digitalisierung als Teil seiner Digitalisierungsdienstleistungen für Anlagenbetreiber an.

Anhand validierter Nahwärme-Messdaten von Endverbrauchern wurden anonymisierte und skalierbare Simulationsdatensätze der Verbrauchsmuster gesammelt und aufbereitet. Diese Datensätze können in verschiedenen Simulationsprogrammen verwendet werden, um typische Nahwärmenetze mit verschiedenen Gebäudetypen wie Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern, Schulen und Büros zu modellieren. Diese Profile ermöglichen eine effiziente und gezielte Planung von Neu- und Ausbauten von Nahwärmenetzen, indem sie die richtige Dimensionierung der Erzeugungsleistung unterstützen und ausreichendes Ausbaupotenzial berücksichtigen.

Technische F&E-Konzepte

Es wurden gängige Praxisprobleme identifiziert und potenzielle Lösungen in Form von technischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten erarbeitet. Ein Portfolio von F&E-Maßnahmen wurde zusammengestellt und eine Roadmap für Forschung und Entwicklung abgeleitet. Das F&E-Portfolio stellt potenzielle technische und nicht-technische Dienstleistungen des Nahwärmeverbunds 4.0 dar und dient als Informationsquelle. Die F&E-Roadmap dient dem Konsortium als interner Leitfaden für relevante Fragestellungen im Bereich Biomasseheizwerke und angrenzende Themenfelder sowie für Schnittstellen zu verwandten Disziplinen.



Fazit

Der Nahwärmeverbund 4.0 zeichnet sich durch eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Partnern aus. Gemeinsam entwickelte F&E-Dienstleistungen werden kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) der Branche bereitgestellt und verschaffen diesen einen Wettbewerbsvorteil. Als zentrale Anlaufstelle für KMUs im Bereich Biomasse-Heizwerke bietet der Nahwärmeverbund 4.0 umfassende Unterstützung bei der praktischen Umsetzung und wissenschaftlichen Bearbeitung relevanter Fragestellungen. Dadurch leistet er einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung und Modernisierung der Branche. ■

Bernhard Mahlberg ist wissenschaftlicher Bereichsleiter am Industriewissenschaftlichen Institut (iwi)



Um dem Fachkräftemangel aktiv entgegen zu wirken, liegt ein Fokus der Industriebetriebe Tirols auf der Ausbildung von Lehrlingen.

Die Herausforderungen der Zukunft meistern

Die Tiroler Industrie schafft auch in wirtschaftlich schweren Zeiten sichere Arbeitsplätze, treibt Innovationen voran und ist ein Garant für Wohlstand in den Regionen.

Die Tiroler Industrie ist fest in den Regionen verwurzelt und Wirtschaftsmotor Nummer eins. Rund 450 Industrie-Betriebe im Bundesland beschäftigen etwa 42.000 Mitarbeitende. Durch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sind die Betriebe für das Land Tirol und seine Menschen unverzichtbar. Die Tiroler Industrie umfasst viele Bereiche – wie die Elektro- und Lebensmittelindustrie, die Bau- und metalltechnische Industrie, die Holz- und Papier-

industrie, aber auch z. B. die chemische Industrie oder die Gas- und Wärmeversorgung. Der Produktionswert der Industrie Tirol beträgt über 14 Milliarden Euro.

Auswirkungen der Krisenzeiten

Die letzten Jahre waren für die Industrie Tirols durch die Herausforderungen der auslaufenden Corona-Pandemie und den negativen Auswir-

kungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten im Zuge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine geprägt. Im zweiten Halbjahr 2022 wirkten der Arbeitskräftemangel, die hohen Energie- und Rohstoffpreise damit einhergehend eine hohe Inflationsrate bereits wachstumsdämpfend. Insgesamt ist Tirols Wirtschaft im Jahr 2022 um rund 7,5 Prozent real gewachsen. Speziell für die Tiroler Industrie war das Jahr 2022 in Bezug auf die abgesetzte Produktion jedoch ein dynamisches Jahr, denn sie nahm um 13,8 Prozent von rund 12,5 Milliarden Euro auf rund 14,3 Milliarden Euro zu.

Die höchsten Produktionswerte im Jahr 2022 erreichten die Betriebe des Metall-Bereichs mit rund 6,3 Milliarden Euro, gefolgt von der Glasindustrie und der Chemischen Industrie mit fast drei Milliarden Euro und der Holzindustrie mit 1,6 Milliarden Euro.

Im Österreich-Vergleich ist Tirols Industrie überdurchschnittlich exportorientiert: 73,4 Prozent der produzierten Waren werden im Ausland abgesetzt (46,6 Prozent in Euro-Länder; 26,9 Prozent in Drittstaaten).

Bildung als Schlüsselfaktor

Um den Herausforderungen des immer stärker werdenden Fachkräftemangels zu begegnen, ist Bildung einer der entscheidenden Schlüsselfaktoren für die Zukunft der heimischen Wirtschaft. Dies gilt umso mehr, als in den kommenden Jahren durch den demografischen Wandel ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot einem steigenden Bedarf an Beschäftigten in der Industrie gegenübersteht. Zusätzlich zur demografischen Entwicklung führen die sinkenden Grundkompetenzen der Jugendlichen und der erhöhte Bedarf an Industriebeschäftigten zu einer echten Herausforderung für den Industriestandort. Und so ist die Sparte Industrie Tirol ein verlässlicher Partner im Bildungsbereich, um junge Menschen im MINT-Bereich fit für eine Karriere in der Industrie zu machen. Auf Initiative der Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer wurde die

Chemie HTL installiert, es gibt eine HTL in Reutte, es wurden zwei europäische Schulen in Innsbruck und Kufstein ins Leben gerufen, es wurde das technische Gymnasium Telfs gefördert. Zudem konnten zahlreiche HTLs über die Fördervereine gestärkt und finanziert werden. Auch der Ausbau der Universität und der Fachhochschulen wird – auch finanziell – unterstützt.

Lehre mit Zukunft

Im Bereich Lehrlingswesen wird von den Industrieunternehmen die hohe Qualität in der Ausbildung über alle Sektoren gefördert und begleitet. Derzeit werden rund 1.300 Lehrlinge in knapp 100 Ausbildungsbetrieben der Tiroler Industrie ausgebildet. Berufsbilder in 60 Lehrberufen und engagierte Ausbilder gewährleisten den für den Standort so wichtigen Wissenstransfer. Neben klassischen Jobs der Industrie, wie etwa in der Elektrotechnik, im Maschinenbau oder der Industriemontage, ergeben sich durch die Digitalisierung und Automatisierung auch neue attraktive Aufgabengebiete. Themen wie die industrielle Datenanalyse, App-Entwicklung oder CRM-Management mit IT-Bezug, stehen dabei im Fokus wie auch Jobs, welche mehr Kreativität oder Kommunikation fordern, wie etwa im internationalen Vertrieb. Durch diese neue digitale Ausrichtung in der Arbeitswelt, werden Jobs in der Industrie auch für Frauen und Mädchen zunehmend attraktiver und sie beginnen ihre Karriere in der Indus-

Die Industrie Tirols bietet spannende Jobs und gute Karrierechancen.





Den Themen Umweltschutz und Ressourcenschonung begegnen die Industriebetriebe mit neuen Technologien, Innovationen und Investitionen.

trie mit einer Lehre. Sowohl regionale Betriebe wie auch internationale Unternehmen profitieren von den vielschichtigen Denkansätzen und unterschiedlichen Herangehensweisen der weiblichen Mitarbeiter. Daher zählen gerade Frauen zu den Aufsteigerinnen, die erfolgreich industrielle Berufsfelder erobern.

Junge Menschen aktiv ansprechen

Um Lehrlinge auf die Berufs- und Karrieremöglichkeiten in der Industrie aufmerksam zu machen wurde die Lehrlings-Kampagne „Träum weiter“ ins Leben gerufen. Auch die Lehrlingsmesse „Lehre-4you“ Mitte Jänner 2024 war ein Erfolg und wurde an drei Tagen von über 2.000 Schülern besucht. Im nächsten Jahr wird es dazu auch dezentrale Berufsfestivals in den Bezirken geben. Der von der Fachgruppe Holzindustrie gestaltete Folder „Holztechnik hat Zukunft“ kommt u. a. bei Veranstaltungen, Messen sowie bei Schulvorträgen zu den Lehrberufen der Holzbranche, die über proHolz Tirol an Mittelschulen und Polytechnischen Schulen abgehalten werden, zum Einsatz. Der Folder gibt jungen Menschen, die vor der Berufswahl stehen, die wichtigsten Informationen zum Lehrberuf „Holztechnik“, speziell zu den Themen Ausbildungsmodelle, Einsatzbereiche, Karrierechancen, Berufsschule etc.

Forschung & Entwicklung fördern

Forschung und Entwicklung sind die Triebfedern der Tiroler Industrie, denn ohne innovative Ideen wäre ein Wachstum unmöglich und das würde zwangsläufig zu Abwanderungen führen. Durch hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung übernehmen die Tiroler Industriebetriebe eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung nachhaltiger Produkte und Lösungen für die Zukunft. Für Industrieunternehmen sind Themenoffenheit, eine ausreichende Dotierung der angewandten Forschung, eine Forcierung von Schlüsseltechnologien und industriellen Kernthemen, die Stärkung der F&E-Netzwerke oder die Sicherung des heimischen FTI-Standorts wesentlich. Deshalb pochen die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung beständig darauf, Förderungen in diesem Bereich nicht zu vernachlässigen, da das eine unmittelbare Auswirkung auf den Standort hätte.

Klimaschutz durch Innovationen

Umweltschutz und Ressourcenschonung sind nur mit neuen Technologien, Innovationen und entsprechenden Investitionen möglich. Die Tiroler Industrie reduziert schon seit Jahrzehnten durch Investitionen in energieeffiziente Technologien und Prozesse ihren ökologischen Fußabdruck. Daneben reduziert die Optimierung von Lieferketten und Logistikprozessen den Emissionsausstoß von Transporten. Kreislaufwirtschaftsprinzipien ermöglichen es, Ressourcen effizienter zu nutzen, Abfälle zu minimieren und Recyclingprozesse zu fördern. Das alles ist ein Teil der Nachhaltigkeitsstrategie, mit deren Hilfe Tirols Industrieunternehmen grüner und ressourceneffizienter produzieren.

Die Ökologisierung ist also bereits im Gange. Auch wenn den Unternehmen bewusst ist, dass der Weg hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit massiven Kosten verbunden sein wird, nimmt ein Großteil die Transformation als Chance wahr. Zur Erreichung der Klimaziele wurden in den letzten zehn Jahren in Tirol 900 Millionen Euro in Klimaschutzmaßnahmen investiert.

Erneuerbare Energie

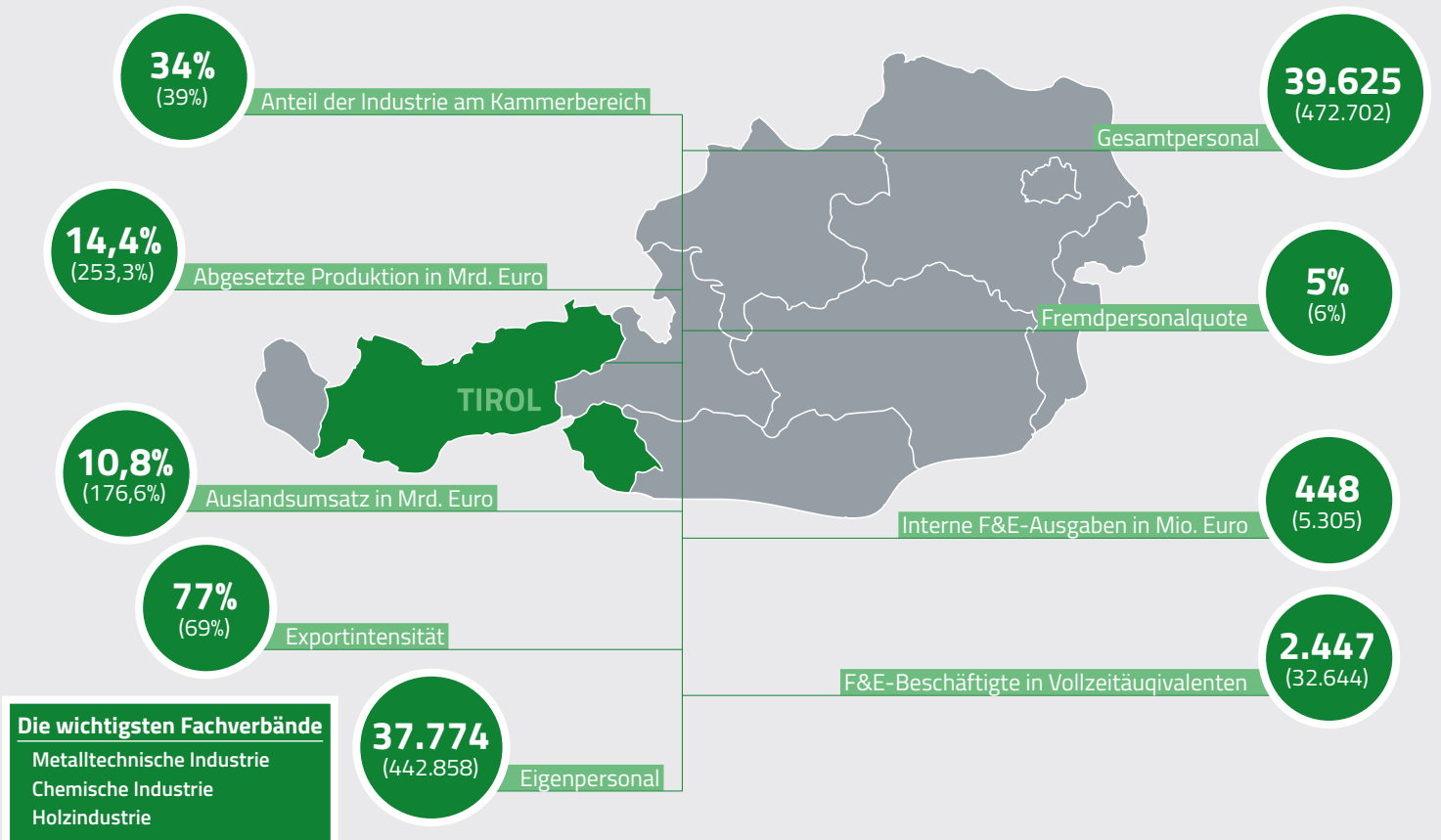
Der Einsatz von erneuerbaren Energien ist ein Weg in eine klimafreundlichere Zukunft, deshalb arbeiten die Unternehmen der Sparte Industrie Tirol aktuell an der verstärkten Einbindung erneuerbarer Energieformen in ihre Produktionsprozesse. Grundvoraussetzungen sind dafür allerdings die uneingeschränkte Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Kosten und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit für die hochsensiblen Technologien und Anlagen der Betriebe. Um die Energiewende zu schaffen,

braucht es eine ehrliche und sachliche Einschätzung der derzeitigen Situation aller Entscheidungsträger sowie massive Anstrengungen, die Energieversorgung nicht aus der eigenen Hand zu geben. Denn es war auch die eigene Energiegewinnung in Tirol, die die Top-Unternehmen der Industrie zu Weltmarktführern gemacht hat. Diesen Vorsprung gilt es im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit, speziell auf dem internationalen Markt, aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. ■

Autorin: Helene Tuma

KENNZAHLEN DER INDUSTRIE TIROL

Vergleichszahlen in Klammer beziehen sich auf ganz Österreich



Anm. 1: Anteil der Industrie am Kammerbereich gemessen am Produktionswert; 2021; Anm. 2: Exportintensität = Auslandsumsatz / Gesamtumsatz (Unternehmensebene); 2022 endgültig; Anm. 3: Gesamtpersonal = Eigenpersonal + Fremdpersonal; Abges. Prod.; 2022 endgültig; Anm. 4: Interne F&E-Ausgaben nach F&E-Standort(en) des Unternehmens; 2021
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik in der Kammerstatistik; Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung; Leistungs- und Strukturstatistik

„Wir haben es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, Lösungen für die Zukunft zu finden“

Max Kloger, Obmann der Sparte Industrie Tirols, im Interview über die die Transformation hin zur klimaneutralen Produktion, den Anstieg der Energiekosten und den Arbeitskräftemangel.

Wie haben sich die Corona-Krise, der Krieg in der Ukraine und die hohe Inflation auf die Unternehmen der Sparte Industrie Tirol ausgewirkt?

Die Industrie hat die Corona-Krise noch gut überstanden, da unsere Unternehmen trotz widrigster Bedingungen weitergearbeitet haben. Die Industrie war in der Corona-Zeit das Rückgrat der Tiroler Wirtschaft. Doch der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine brachte die labilen Energiemärkte in Unruhe. Das führte zu einem starken Anstieg der Energiepreise und einer echten Herausforderung in allen Sektoren.

Die produzierende Industrie hat einen sehr hohen Energie-/Gasverbrauch. Wie sehr wirken sich die hohen Energiekosten auf die Unternehmen aus?

Die gestiegenen Energiekosten wirken sich leider fatal auf die Gesamtkosten unserer Produkte aus. Da Tirols Industrie dazu noch fast drei Viertel an Waren ins Ausland exportiert, haben wir es mit

schuss) fangen diese Kosten nur zum Teil auf. Außerdem haben die hohen Energiekosten auch zur hohen Inflation beigetragen, die wiederum die Lohnkosten in die Höhe getrieben hat. Es ist ein toxischer Mix, der uns derzeit zu schaffen macht.

Sehen Sie den Einsatz von Erneuerbaren Energien, grünem Gas und Wasserstoff als belastbare Alternativen für die Zukunft?

Es ist geradezu eine betriebliche Notwendigkeit, die Energiegewinnung nachhaltiger auszurichten. Tirols Industrie hat bereits viele hunderte Millionen Euro in die Umstellung von Energiesystemen, den Bau von Photovoltaikanlagen, die energetische Sanierungen der Bestandsgebäude und auch in Substitutionsprozesse, wie den Einsatz von Biogas und Wasserstoff, investiert. Aber Vorsicht: Es wird nach wie vor Produktionsprozesse geben, die technisch nicht ohne fossile Brennstoffe möglich sind. Wir erwarten wir uns, dass die Politik diesen Umstand mit Augenmaß berücksichtigt, um nicht tausende Jobs zu gefährden.

Welche Schritte setzt die Industrie Tirol um zur Erreichung der Klimaziele beizutragen?

Die Industrie steht zu den Pariser Klimazielen. Um diese zu erreichen, wurden in den vergangenen zehn Jahren allein in Tirol 900 Millionen Euro in verschiedenste Maßnahmen investiert. Das konnte nur mit einem sehr hohen Maß an Leistung und Innovationskraft bewerkstelligt werden. Unsere Unternehmen erwarten sich, dass diese Bemühungen auch anerkannt werden und dass die Politik auf zusätzliche standortvernichtende Maßnahmen verzichtet. Schließlich sind wir nicht allein für das Weltklima verantwortlich.

„Wir haben es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, Lösungen für die Zukunft zu finden. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass Tirols Industrie für die Zukunft gerüstet ist.“

einem eklatanten Wettbewerbsnachteil zu tun, da in den Ländern unserer Mitbewerber die Energiekosten nur marginal gestiegen sind. Die staatlichen Förderungen (Stichwort Energiekostenzu-

Wie sehr betrifft das Thema Fachkräftemangel die Betriebe der Sparte Industrie Tirol?

Wie viele andere Wirtschaftsbereiche trifft das Thema Fachkräftemangel auch die Industrie besonders hart. Wir sind derzeit mit einem besonderen Phänomen konfrontiert: Noch nie waren so viele Personen wie jetzt in Österreich beschäftigt, auf der anderen Seite haben von diesen Personen in Summe weniger als zuletzt gearbeitet. Die Gesamtstundenanzahl ist gesunken. Diesem Dilemma können wir nur entgehen, indem sich das Arbeiten in Vollzeit auch voll rechnet. Umgekehrt sollen Mütter, die einen Betreuungsaufwand haben, nicht schlechter gestellt werden. Und abschließend müssten arbeitswillige Pensionisten länger arbeiten dürfen, aber auch so, dass es sich für sie rechnet.

Das Thema Digitalisierung wird immer wichtiger. Wie gut haben sich die Betriebe inzwischen darauf eingestellt?

Dieses Thema ist in Tirols Industrie bereits seit vielen Jahren ein bestimmendes. Insofern können wir mit Stolz sagen, dass unsere Industrie für die „digitale Transformation“ immer Vorreiter war und ist.

Wie zukunftsfit ist der Industriestandort Tirol?

Wie man am Thema Energie bzw. Inflation sieht, ist Tirols Industrie nicht unverwundbar. Dazu kommt ein nach wie vor großer Facharbeitermangel, für den es dringend Lösungen braucht. Aber: Tirols Industrie ist extrem leistungsstark, innovativ und zukunftsorientiert. Wir haben es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, Lösungen für die Zukunft zu finden. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass Tirols Industrie für die Zukunft gerüstet ist.

Welche Herausforderungen wird die Tiroler Industrie in Zukunft besonders zu meistern haben um konkurrenzfähig zu bleiben?

Wir haben eine großartige Unternehmerschaft mit



sehr guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unser Tiroler Industrieschiff immer leistungsstark und zukunftsorientiert durch die raue Wirtschafts-See steuern. Wenn es gelingt die Energiekosten – beispielsweise durch den Bau von Kraftwerken – wieder in den Griff zu bekommen und wenn wir neue Lösungsansätze für den Fachkräftemangel finden, dann kann man mit viel Innovationskraft und Leidenschaft Tirols Industrie nachhaltig und zukunftsicher gestalten. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Die ersten Monate des Jahres 2024 zeigen ein anhaltend schwaches globales Wirtschaftswachstum, wobei die Wachstumsschwäche in Europa besonders ausgeprägt bleibt. Nachdem keine belebenden Impulse ausgemacht werden können, erwarten wichtige Prognoseinstitute für heuer und das nächste Jahr kein spürbares Anspringen der Konjunktur.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Im vergangenen Winter hat sich die tendenzielle Entspannung bei der Energiepreisentwicklung fortgesetzt, anderslautende Befürchtungen sind nicht eingetroffen. Dafür maßgeblich war, dass einerseits das globale Energieangebot – nicht zuletzt aufgrund diversifizierter, sanktionsresistenter Exportbemühungen Russlands – ausreichend hoch und andererseits konjunkturbedingt die Energienachfrage gedämpft war. Daraus hat sich nicht nur ein positiver Effekt hinsichtlich der Produktionskosten der Industrie ergeben, sondern vor allem auch eine Dämpfung der Inflationsentwicklung. Manche Ökonomen haben daraus bereits Hoffnung auf eine rasche Konjunkturbelebung abgeleitet, was aber verfrüht war: Die schwache Industriekonjunktur wirkt sich zwar auf die Preisentwicklung positiv aus, insgesamt bleibt aber damit das Wirtschaftswachstum schwach.

Das globale Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2023 bei 3,1 %, und damit unter dem langjährigen Durchschnitt. Das Volumen des weltweiten Warenhandels hat sich im Vorjahr verringert, was immer ein Zeichen für ein schwaches konjunkturelles Umfeld für die Industrie darstellt. Für das laufende Jahr scheint sich der Konsens der Prognosen mittlerweile bei einem globalen Wachstum von unter drei Prozent einzupendeln, die Erwartungen für 2025 liegen auch nur knapp darüber. Im Warenhandel wird zwar keine weitere Kontraktion erwartet, aber eine stagnierende oder allenfalls schwach positive Entwicklung.

Störungen bei Lieferketten und Transportwegen, wie zuletzt im Roten Meer, sind eine spektakuläre aber insgesamt wenig relevante Erklärung für die schwache Handelsentwicklung. Die Dämpfung der Nachfrage nach Investitionsgütern aufgrund deut-

lich gestiegener Finanzierungskosten ist schon von größerer Bedeutung, insbesondere natürlich für Länder wie Deutschland und Österreich, deren Industrie stark exportorientiert ist und die Produktion beziehungsweise der Export von Produktionsgütern eine wesentliche Rolle spielt.

Hinzu kommt aber ein Faktor, der (wenn auch nur in einem Halbsatz) zuletzt bei der Februar-Prognose der Europäischen Kommission angesprochen wurde: Die Belastung des Handels durch die erheblich zugespitzten internationalen Konflikte. Der weltweite Wohlstand ist nicht zufälliger Weise nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation stark angestiegen: Das Ende von Blockgrenzen hat einen weitgehend freien Austausch von Waren und Dienstleistungen ermöglicht, was – lehrbuchmäßig – die erstaunlichen Wachstumsraten (aber auch breiten Wohlstandsgewinne) möglich gemacht hat. Unter dem Stichwort „trade fragmentation“ wird gegenwärtig in verschiedenen Untersuchungen zunehmend der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die globale politische Konfrontation und Blockbildung infolge der Ukraine-Krise auf den internationalen Handel hat. Tatsächlich zeigen erste Daten Umorientierungen in den Handelsströmen, die nicht ökonomischen Prinzipien oder Effizienzgewinnen folgen, sondern dem von der US-Finanzministerin Janet Yellen geprägten Begriff des „friend-shoring“ – die Konzentration des Handels auf befreundete Länder.

Diese Entwicklung ist für Europa problematisch, insbesondere für die europäische Industrie: Diese ist beschaffungsseitig (Russland) und absatzseitig (China) in hohem Maße mit Ländern verknüpft, die auf der „falschen“ Seite der neuen Blockgrenzen liegen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf



Beschaffungskosten und Absatzchancen, aber auch mittelbare Auswirkungen: Die Attraktivität des Standortes Europa leidet, und dies dürfte die Investitionsneigung von global agierenden Unternehmen in Europa tendenziell sogar stärker beeinflussen als die aktuelle Zinspolitik der Notenbanken. Nicht überraschend ist daher, dass die USA mit einem Wachstum von 2,5 % im Jahr 2023 und einer Prognose von knapp über zwei Prozent im laufenden Jahr weit besser liegt als Europa: Für den Euroraum, der im Vorjahr stagnierte (+ 0,5 %) sollte sich – nach mehreren, deutlichen Prognoserevisionen – im laufenden Jahr auch nicht viel mehr als eine „positive Stagnation“ (mit Wachstumsprognosen zwischen 0,6 und 0,8 %) ausgehen. Die von der OECD erhobenen konjunkturellen Frühindikatoren zeigen für die großen EU-Länder keine Belebung, allerdings für Großbritannien. Aus den bereits erwähnten Gründen dürften Deutschland und Österreich im laufenden Jahr noch unter den Durchschnittswerten des Euroraumes bleiben.

Die weltwirtschaftlichen Wachstumstreiber sind weiterhin die Länder Süd- und Südostasiens, allen voran Indien mit Wachstumsraten von konstant mehr als sechs Prozent. Die Wachstumsraten Chinas liegen im Zeitraum 2023/25 bei rund fünf Prozent, wobei die OECD-Frühindikatoren für China zuletzt unerwartet positiv waren. Sehr schwach ist die Entwicklung des Wirtschaftswachstums in Lateinamerika, wobei aber Brasilien eine markante Verbesserung der Frühindikatoren zeigt.

Die Prognosen beruhen darauf, dass sich im laufenden Jahr die Energiepreise nicht erhöhen, folglich die Inflationsraten tendenziell weiter rückläufig sind und die Notenbanken im weiteren Jahresverlauf über Zinssenkungen nachdenken können. Aufgrund der geopolitischen Spannungen besteht am Energiemarkt aber ein nicht zu unterschätzendes Risiko von (zumindest temporären) Preisanstiegen.

Der Business and Consumer Survey der Europäischen Union, der die Einschätzungen der Wirtschaftslage in Europa durch Unternehmen und Konsumenten abbildet, weist seit Mitte 2022 Ergebnisse aus, die in einem Bereich unterhalb des langjährigen Durchschnitts liegen. Während sich die Einschätzung seitens der Konsumenten – aufgrund einer stabilen Einkommens- und Beschäftigungslage – in den letzten Monaten verbessert hat, bleibt die Einschätzung seitens der Industrie seit außergewöhnlich langer Zeit auf einem konstanten, deutlich unterdurchschnittlichen Niveau. Besonders ausgeprägt ist die negative Einschätzung in Deutschland, Österreich und Finnland. Die Lage der Auftragsbestände hat sich aber in den letzten Monaten zumindest nicht weiter verschlechtert, hinsichtlich der tatsächlichen Produktionstätigkeit zeigen einzelne Länder (darunter Österreich) im laufenden Jahr eine kleine Verbesserung – die aber noch nicht überschätzt werden darf.

Die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter knapp 400 Unternehmen mit rund 290.000 Beschäftigten), basierend auf Daten aus dem vierten Quartal 2023, könnte eine Bodenbildung der Industriekonjunktur in Österreich andeuten: Die aktuelle Geschäftslage wird in dieser Umfrage zwar negativ gesehen, allerdings eine Verbesserung innerhalb des ersten Halbjahres 2024 erwartet. Ob damit aber positivere (inzwischen korrigierte) Konjunkturprognosen widerspiegelt wurden, oder aus dem betrieblichen Erfahrungshorizont positive Signale abgeleitet wurden, ist gegenwärtig noch nicht beantwortbar. ■

Die Lage in der Industrie ist nicht gut: Egal ob man zurück oder nach vorne schaut

Vor einem Jahr lautete die Schlagzeile: „Der Industrie steht ein schwaches Jahr bevor“. Bedauerlicherweise ist dies genau so eingetreten.

Mag. Andreas Mörk



Mag. Andreas Mörk

Das Jahr 2023 brachte sinkende Produktionswerte und rückläufige Auftragsgänge, gerade aus dem Ausland. Diese fehlenden Aufträge werden die Produktion 2024 massiv drücken. Der Ausblick für das Jahr 2024 verheißt nichts gutes, die Erwartungen sind moderat, in praktisch allen Fachverbänden negativ, maximal stagnierend. Die Rahmenbedingungen sind schwierig.

verbände im Schnitt bei 2,8%. Die Produktion bricht im 3. Quartal 2023 besonders stark ein, im 2. und 4. Quartal bricht sie stark ein.

In keinem Monat des Jahres 2023 lag die abgesetzte Produktion der Industrie insgesamt über dem jeweiligen Vorjahresmonat. Das liegt aber nicht notwendigerweise nur an der nominellen Dynamik der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen. Mit April 2023 dreht die Dynamik der 14 Fachverbände (ohne Gas/Wärme und Mineralöl) ins Negative und verbleibt dort mit stärker werdender Tendenz (2. Quartal: -2,4 %; 3. Quartal: -6,0 %; 4. Quartal: -7,2 %).

Die Produktion der Industrie sinkt

Die österreichische Industrie hat 2023 einen vorläufigen nominellen Produktionswert von 217,4 Mrd. Euro erwirtschaftet. Wie schon im Vorjahr spielen die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen bei diesem Gesamtwert eine nicht unbedeutende Rolle: Die Preiseffekte im Energiebereich wirken entscheidend auf den nominellen Produktionswert der Industrie. Im Jahr 2023 hatten die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen einen Anteil an der heimischen Industrieproduktion von 14 %; 2022 lag dieser um 10 Prozentpunkte höher. Aus dem Vorjahr wissen wir, dass es vor allem die Preiseffekte sind, die hier wirkten. Vor allem diese lassen den nominellen Produktionswert der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen sinken und zwar um die Hälfte. Ähnlich hohe Dynamiken zeigen sich auch in der Aussenhandelsstatistik: Der Importwert bei Gas ging um über 45 % zurück, so Statistik Austria.

Die abgesetzte Produktion der Industrie insgesamt sinkt 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 14,2 %. Werden die Fachverbände Mineralölindustrie sowie die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen aus der Industrie herausgerechnet, dann liegt der Produktionsrückgang der verbleibenden 14 Fach-

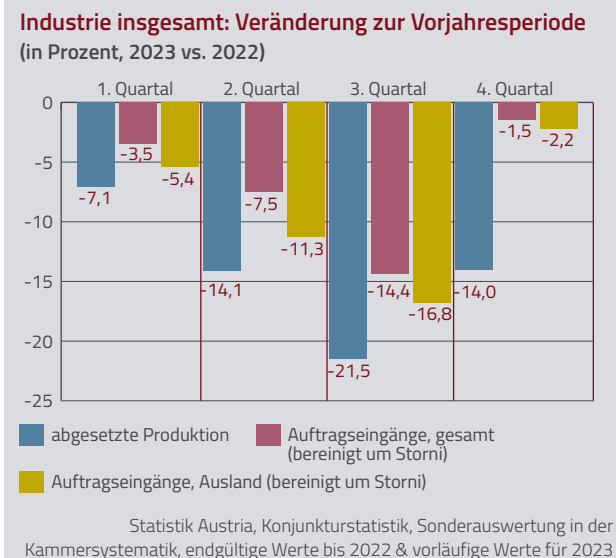
Auf Ebene der Fachverbände der Industrie sinkt die abgesetzte Produktion 2023 im Vergleich zum Vorjahr – neben den Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen – überdurchschnittlich etwa in der Papierindustrie (-27,8%), der Holzindustrie oder der NE-Metallindustrie. Auch in der Chemischen Industrie oder der Metalltechnischen Industrie ist die abgesetzte Produktion 2023 geringer als 2022. Im Gegensatz dazu gibt es Zuwächse in der Elektro- und Elektronikindustrie oder der Fahrzeugindustrie.

Die Auftragseingänge in der Industrie sind rückläufig

Im Jahr 2023 betragen die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria 129,2 Mrd. Euro (-6,7 % im Vergleich zum Vorjahr; -9,3 Mrd. Euro). Erhoben wird diese Kenngröße für 10 der 16 Fachverbände – für die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen steht dieser Indikator nicht zur Verfügung. Aufträge aus dem Ausland sind für die heimische Industrie besonders relevant: Mehr als sieben von zehn Euro an Auftragseingängen kommen von Betrieben jenseits der heimischen Grenzen. Besonders besorgniserregend: Die Auf-

tragseingänge der Industrie aus dem Ausland sind 2023 im Schnitt um 9 % niedriger als 2022. In nahezu jedem Monat des Jahres 2023 lagen die Auftragseingänge der Industrie insgesamt bzw. aus dem Ausland unter jenen des Vorjahres (Ausnahme Oktober).

In der absoluten Betrachtung massiv betroffen vom Minus bei den Auftragseingängen sind die Metalltechnische Industrie (-6,1 Mrd. Euro), die Chemische Industrie, die Papierindustrie, die Bergwerke und Stahlindustrie oder die NE-Metallindustrie. In der relativen Betrachtung liegt das Minus der Papierindustrie bei den Auftragseingängen z. B. bei 27,5 % und damit vier mal so hoch wie der Durchschnittswert der Industrie insgesamt. Die Einbrüche bei den Auftragseingängen sind – ähnlich zur Dynamik in der Produktion – im 3. Quartal 2023 noch einmal stärker ausgeprägt als im 2. Quartal. Schon im Jahr 2022 sanken die Auftragseingänge von einem Quartal zum nächsten mit dem niedrigsten Wert im 4. Quartal 2022. Dieser wurde im 4. Quartal 2023 noch untertroffen. Auf Fachverbandsebene gibt es nur wenige Zuwächse bei den Auftragseingängen (z. B. in der Elektro- und Elektronikindustrie).

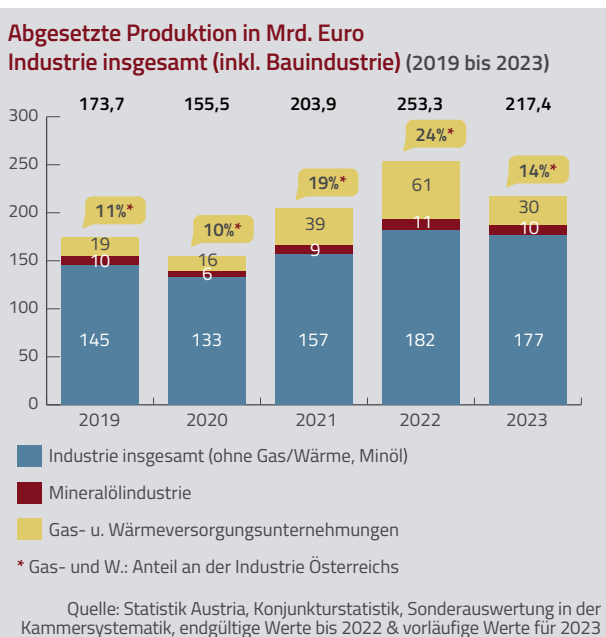


Die Industrie hält ihre Beschäftigten so gut es geht

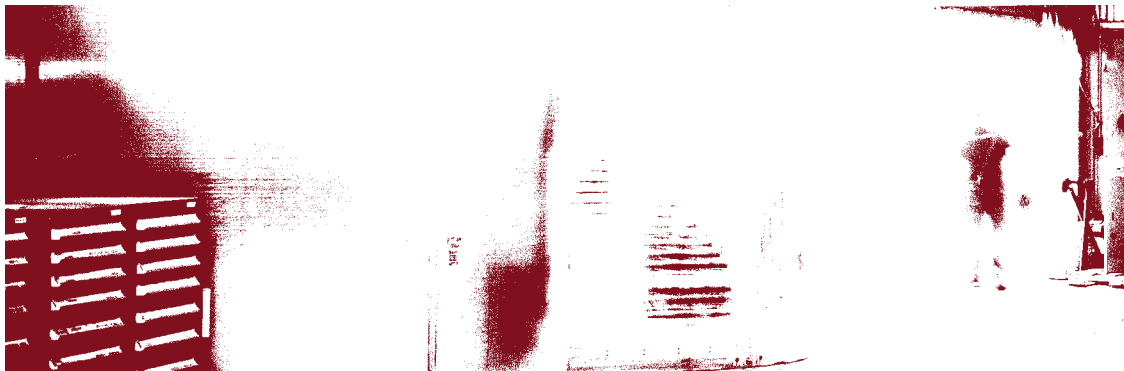
Das Eigenpersonal in den österreichischen Industriebetrieben liegt im Jahresschnitt 2023 bei rund 445.000 Beschäftigten. Wird zum Eigenpersonal das in der Industrie tätige Fremdpersonal hinzugezählt, so weist der Gesamtbeschäftigtenstand mehr als 473.000 Personen im Jahresdurchschnitt aus.

Im Vergleich zum Vorjahr bauen die heimischen Industriebetriebe 2023 ihr Eigenpersonal (0,5 %) aber nicht ihr Fremdpersonal auf (-5,7 %). Seit September 2023 sinkt das Eigenpersonal von Monat zu Monat immer stärker; das Fremdpersonal ist seit März 2023 Monat für Monat rückläufig und geringer als noch in den jeweiligen Vorjahresmonaten. In den letzten 5 Monaten des Jahres 2023 ist das Gesamtpersonal niedriger als in den jeweiligen Vorjahresmonaten – mit steigender Tendenz. Im Jahresschnitt bleibt der Gesamtpersonalstock in der heimischen Industrie 2023 nahezu stabil (0,1 %).

Während die Industrieunternehmen einerseits versuchen ihre Fachkräfte trotz schwieriger Produktionssituation zu halten, wird es andererseits immer schwieriger durch die somit bedingte enorme Steigerung der Lohnstückkosten die notwendigen Preissteigerungen für heimische Industrieprodukte am internationalen Markt unterzubringen. Eine enorm schwierige Situation für viele Industrieunternehmen. „Die Situation ist nicht lustig, aber wir bleiben positiv“, so Bundesspartenobmann Mag. Sigi Menz zur aktuellen Lage.



Branchenübersicht



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 1. Quartal 2024	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	4.Q23/4.Q22 in Prozent	Einschätzung 1.Q24/1.Q23	4.Q23/4.Q22 in Prozent	Einschätzung 1.Q24/1.Q23	Einschätzung 1.Q24/1.Q23
Bergwerke und Stahl	-11,0	↔	3,9	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	-11,3	↓	-4,6	↓	↓
Glasindustrie	1,1	↓	-6,2	↔	↓
Chemische Industrie	-10,5	↔	-5,3	↔	↔
Papierindustrie	-25,5	↑	-10,4	↔	↑
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-12,4	↔	-3,6	↔	↔
Bauindustrie	-4,5	↓	0,0	↓	↓
Holzindustrie	-17,1	↓	-6,3	↓	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2,5	↔	0,9	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-12,5	↓	-11,6	↓	↓
NE-Metallindustrie	-15,0	↔	0,1	↔	↔
Metalltechnische Industrie	-6,8	↓	0,5	↔	↓
Fahrzeugindustrie	-1,5	↔	0,0	↔	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	-2,9	↓	3,2	↔	↓
Industrie gesamt	-14,0	↓	-0,7	↔	↓

Anm.: Vorläufige Daten für das Jahr 2023;

¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.);

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

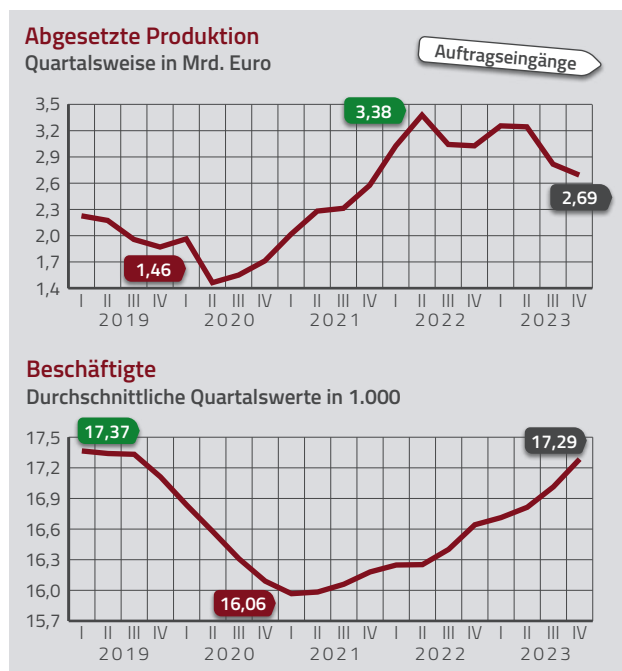
Gesamtindustrie

Die Konjunkturzahlen der letzten Monate belegen, dass die Industrie in einer Rezession steckt und dies – wenn man den aktuellen Prognosen Glauben schenken mag – bedauerlicherweise in den nächsten Monaten so bleiben wird. Das Stimmungsbild in den Fachverbänden der Bundessparte Industrie bestätigt diesen Eindruck. Im 1. Quartal 2024 erwarten die meisten Fachverbände einen Rückgang bei der Produktion, viele rechnen mit einer Stagnation. Einzig und allein die Papierindustrie erwartet im 1. Quartal eine Steigerung bei den Mengen – dies deshalb, da der Einbruch im Jahr 2023 massiv war. Ähnlich ist das Stimmungsbild bei den Auftragseingängen. Einzelne Fachverbände erwarten einen Beschäftigungsabbau im 1. Quartal 2024.

Bergbau und Stahl

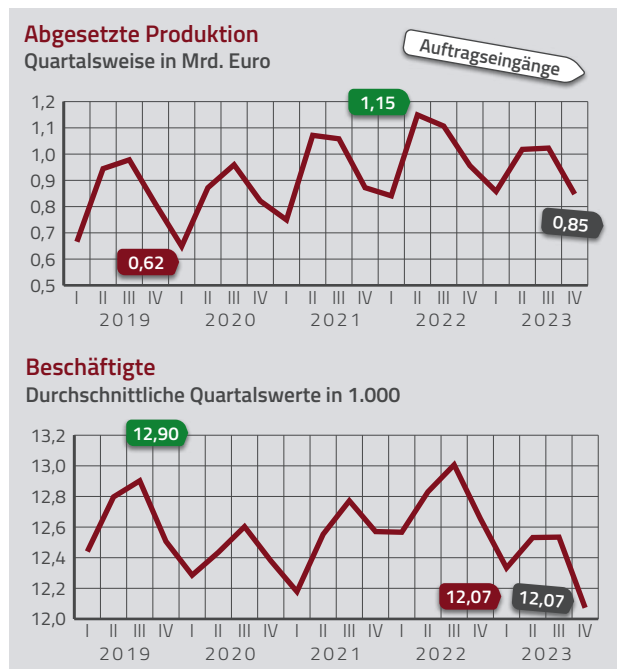
Die anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung in Europa und insbesondere in Österreich und Deutschland dämpfen die Erwartungen der österreichischen Bergbau- und Stahlindustrie. Die nach wie vor unsichere geopolitische Lage wirkt ebenfalls dämpfend auf die wirtschaftliche Stimmung. Dennoch sind einige Absatzmärkte bisher gut durch die Rezession gekommen, insgesamt werden aber kaum positive Impulse erwartet. Die Nachfrage im Bereich Energie hält sich nach wie vor auf hohem Niveau. Der Bereich Bahn und Bahninfrastruktur profitiert weiterhin vom hohen Bedarf auf den europäischen Märkten, vor allem die Nachfrage nach Schieneninfrastruktur liegt über den Erwartungen. Auch die Nachfrage aus dem Bereich Luftfahrt entwickelt sich nach dem Einbruch der COVID-19-Pandemie anhaltend positiv. In den Bereichen Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie, Maschinenbau sowie Bauindustrie setzt sich der spürbare Rückgang der Nachfrage weiter fort. Für die Nachfrage aus der Automobilindustrie wird eine stabile Entwicklung erwartet.

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



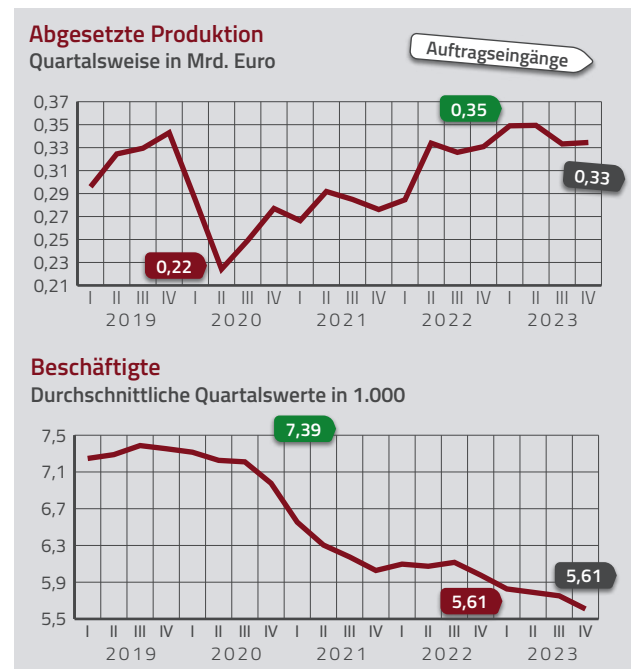
Stein- und keramische Industrie

Der Hochbau ist weiterhin stark rückläufig, wobei der Wohnbau am stärksten betroffen ist. Alle Hochbauzulieferer haben mit massiven Umsatzeinbußen zu kämpfen. Insgesamt erwartet die Branche ein schwieriges Jahr 2024. Sinkende Inflation und die erwartete Leitzinssenkung fügen sich in eine leicht positivere Erwartungshaltung für 2025. Die Situation im Tiefbau ist wesentlich besser und Dank öffentlicher Aufträge von der Baukonjunktur ein Stück weit abgekoppelt. Die Preise geraten zu Beginn des Jahres immer unter Druck, befinden sich aktuell aber noch auf Vorjahresniveau. Die höheren Preise sind jedoch nicht in der Lage, die aktuellen Umsatzeinbußen beim Hochbau abzufedern. Hinzu kommt ein nach wie vor hoher inflationsbedingter Kostendruck bei Vorprodukten, Transporten und Produktionsmitteln. Bei den Exporten bekommen die Industrielieferer im Fachverband die schwache internationale Konjunktur zu spüren. Das Exportgeschäft befindet sich derzeit in einer Seitwärtsbewegung. Ein Teil der Branche rechnet bis Ende des Jahres mit sinkenden Beschäftigtenzahlen als Reaktion auf die Marktrückgänge. ■



Glasindustrie

Der Rückgang der Bautätigkeit im privaten und öffentlichen Wohnbau trifft auch die glasbe- und -verarbeitenden Betriebe massiv. Das Auftragsvolumen im Neubau ist substanziell zurückgegangen und reicht manchmal nur mehr für einige Tage bzw. Wochen. Langfristige Projekte werden zunehmend rar und Sanierungsaufträge bleiben trotz Nachholbedarf aus. Ohne gezielte Maßnahmen ist eine rasche Entspannung derzeit nicht in Sicht. Das von der Bundesregierung angekündigte Wohnbaupaket sieht die Branche als ersten Schritt in die richtige Richtung. Die Zurückhaltung der Kunden ist auch in den Bereichen Wirtschaftsglas und Schmuck spürbar. Die Kauflust ist durch die gestiegenen Preise und die anhaltend hohe Teuerung nicht nur in Europa, sondern auch weltweit etwas gedämpft. Die Entwicklung der Exportmärkte ist schwieriger vorherzusagen als in der Vergangenheit und Aufträge fehlen. Die Behälterglasindustrie kämpft weiter mit einem deutlich härter gewordenen Marktumfeld. Nach wie vor erhöhte Rohstoff- und Energiekosten sowie standortbezogene Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Mitbewerbern belasten die Geschäftsergebnisse. Mit einem Aufschwung rechnet man vorrangig durch innovative Verpackungs- und Mehrweglösungen. ■



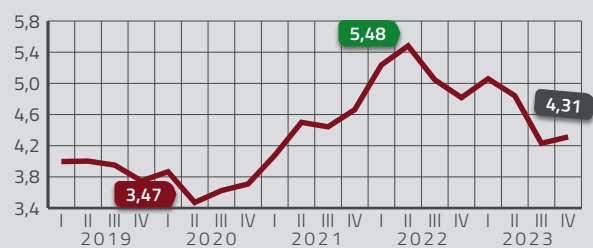
Chemische Industrie

Nach einem schwachen Jahr 2023 mit einem Produktionsrückgang von insgesamt rund sechs Prozent (in vielen Branchen des Sektors kam es sogar zu 2-stelligen Rückgängen) bleibt die Lage für die chemische Industrie weiterhin schwierig, auch wenn beim Produktionswert mittlerweile die Talsohle erreicht worden sein sollte. Da auch der Auftragseingang weiterhin sehr verhalten ist, kann derzeit nicht abgeschätzt werden, ab wann mit einer Trendwende zu rechnen ist – zudem sich auch beim mit Abstand wichtigsten Handelspartner Deutschland nach wie vor mit keiner Erholung der Konjunktur abzeichnet. Und auch wenn die Energiepreise mittlerweile wieder gesunken sind, liegen sie noch immer deutlich über dem Niveau vor der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine – die drohenden Lieferprobleme nach Auslaufen der Transitverträge mit der Ukraine stellen einen weiteren Unsicherheitsfaktor da. Offen und dabei entscheidend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht zuletzt die Frage, wie angesichts der neuerlichen Krisensituation die notwendigen Investitionen Richtung Zukunftstrends, insbesondere sämtliche Green Deal-Anwendungen, finanziert werden können. ■

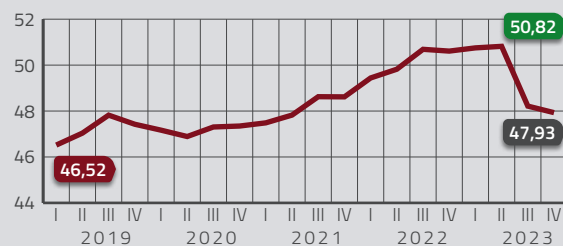
Papierindustrie

Nach dem Post-Corona-Aufschwung 2022 ließ die Dynamik in der Papierbranche 2023 deutlich nach und hat sich erst im Herbst auf niedrigem Niveau stabilisiert. Vorhandene Lagerbestände und schwache Konsumnachfrage führten zu einem geringen Auftragseingang. Insgesamt ging die Produktion im vergangenen Jahr über 15 Prozent zurück, holt jetzt aber im Vergleich zum sehr schwachen Frühjahr 2023 mengenmäßig wieder etwas auf. Überdurchschnittlich schwach zeigte sich der grafische Sektor, etwas besser, aber auch rückläufig, Verpackungs- und Spezialsorten. Besonders der Packaging-Sektor wird mit dem erwarteten Konjunkturaufschwung in der zweiten Jahreshälfte aber wieder rasch anspringen. Die Durchschnittserlöse pro Tonnen Papier sind seit 2022 fallend und stehen weiterhin hohen Kosten für Rohstoffe (Holz, Zellstoff, Altpapier, Chemikalien) und Energie (Strom und Gas) gegenüber. Für die Lohn- und Gehaltskosten steht ein neuer KV-Abschluss ab Mai an. Trotz Wirtschaftskrise hält die Papierindustrie ihre Facharbeiter. Die Zahl der Beschäftigten ist im Vergleich zur Mengenentwicklung 2023 kaum gefallen und liegt jetzt bei rund 7.600 Mitarbeitern. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



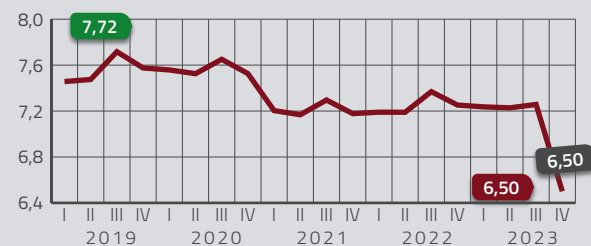
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die PROPAK Konjunktur ist geprägt durch eine verhaltene Auftragslage, die sich durch alle Kundensegmente zieht. Gesunkene Kosten bei Energie und Papier/Karton bringen keine Verbesserung und die exportorientierte Branche steht unter starkem internationalen Wettbewerbsdruck. Eine besondere Herausforderung sind die Kosten des hohen Lohn-/Gehaltsabschlusses, insbesondere angesichts der niedrigeren Entgeltentwicklungen in den Hauptexportländern. Die Menge ist rückläufig, ein Auffangen über Produktivitätsentwicklung nicht möglich. Mit einer Erholung wird nicht vor der Jahresmitte gerechnet, die Erwartungen für 2024 liegen unter 2023. Auch der Kampf um die Standorte ist ein Thema, zumal Konzernbetriebe auch interner Konkurrenz begegnen müssen. Dies stellt eine reale Gefahr für Jobs dar, auch wenn alles versucht wird, um die Beschäftigten zu halten. Nicht zuletzt gibt auch die EU-Gesetzgebung (PPWR u. ä.) mit zu besorgenden Eingriffen und umfangreicher Bürokratie Anlass zur Sorge. Die Branchenorganisationen führen entsprechend neben der intensiven Interessensvertretung ihre Programme zur Imagebildung der PROPAK Industrie fort.

Bauindustrie

Ungeachtet der günstigen Witterungsbedingungen war die Bauproduktion im 1. Quartal rückläufig. Bereits seit Mitte des Vorjahres sanken die Auftragsbestände deutlich, wodurch die Auslastung der Produktionskapazitäten zunehmend schwieriger wurde. Im Wohnungsneubau manifestiert sich die Nachfrageschwäche am stärksten, aber auch im Wirtschaftsbau ist die Entwicklung deutlich negativ. Ebenfalls langsam rückläufig, aber immer noch positiv, ist die Entwicklung im Tiefbau. Die Ankündigung des Baupakets der Bundesregierung hat die Auftragslage im Wohnbau vorübergehend weiter eingebremst, da potenzielle Bauherren und Investoren das Inkrafttreten der Maßnahmen abwarten. Diese werden sich, auch in Abhängigkeit von begleitenden Maßnahmen der Bundesländer, vermutlich erst 2025 sichtbar positiv auswirken. Mit Jahresbeginn sind die Beschaffungskosten einiger Baustoffe wieder leicht angestiegen. Mit Mai steigen auch die kollektivvertraglichen Löhne wieder mit 7,15 Prozent an, wodurch der Kostendruck weiterhin stark zunimmt. Angesichts der Auslastungsschwäche im 1. Quartal sind die Beschäftigtenzahlen im Hoch- und Tiefbau weiterhin deutlich gesunken.

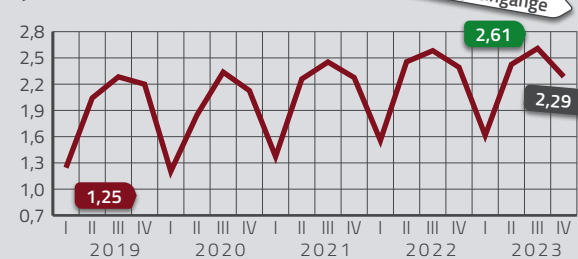
Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



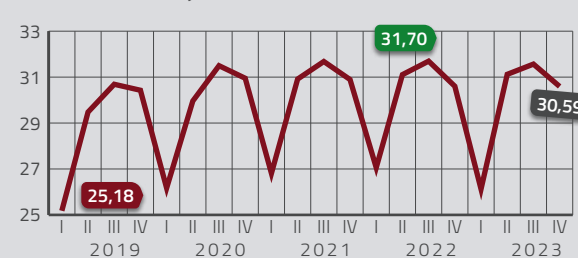
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

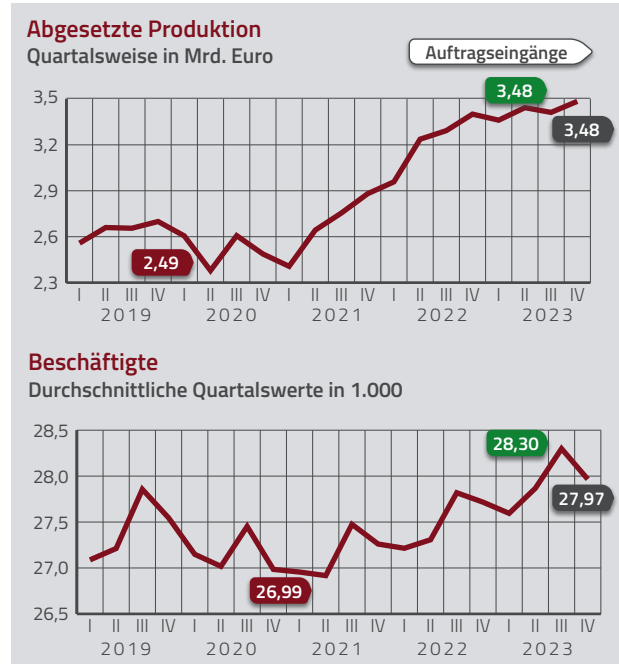
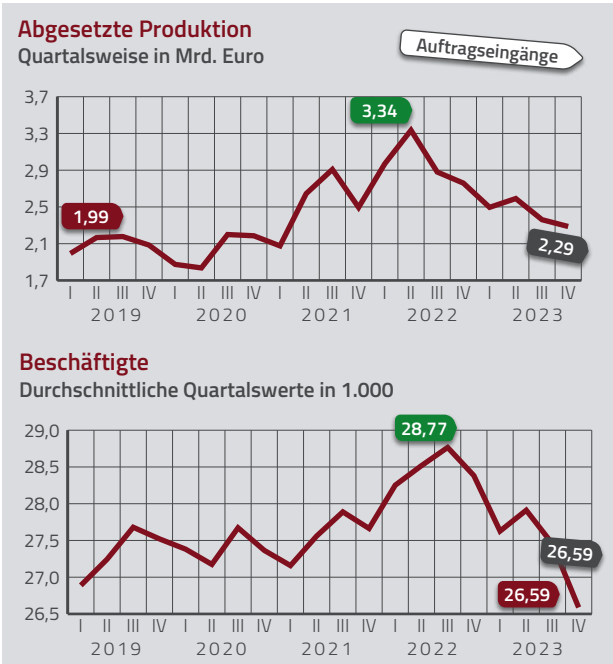


Holzindustrie

Die Auftragslage ist gegenüber dem Vorjahr etwas stärker eingetrübt, speziell der starke Rückgang des Hochbaus und des Innenausbaus wirken sich spürbar aus. Durch den Nachfragerückgang werden die Produktionen nach wie vor in nahezu allen Bereichen angepasst. Bei den Exporten schwächelt der wichtige deutsche Markt und auch aus anderen Regionen kommen wenig Impulse. Dementsprechend verschärft sich die gesamte wirtschaftliche Situation in der Branche. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung sind die Preise in einigen Sektoren weiter in einer leichten Abwärtsbewegung, in anderen tritt eine Stabilisierung ein. In weiten Bereichen verschärfen steigende Rohstoffpreise die Kostensituation für die gesamte Wertschöpfungskette. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen versuchen die Firmen, das Stammpersonal zu halten, dennoch gibt es in einzelnen Sektoren bereits Anpassungen an die reduzierte Nachfrage. Auffallend ist, dass neue Produktionen zunehmend in den osteuropäischen Raum bzw. in die USA verlagert werden. ■

Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Die tägliche Vielzahl an „Aktionen“ und „Extrem Aktionen“ sowie das weiterhin wachsende Angebot an Eigenmarken im Lebensmitteleinzelhandel stellen viele Branchen der österreichischen Lebensmittelindustrie auch vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Inflation auch zu Beginn des neuen Jahres vor neue große Herausforderungen. Die hohe Teuerung deckt die Kostensteigerungen in der Lebensmittelproduktion nicht ab. Viele Betriebe kämpfen daher unverändert mit hohen Kosten. Hinzu kommen extreme klimatische Bedingungen, die zu einer starken Verteuerung von Kakao, Olivenöl und Orangensaft geführt haben. Die Branche ist zusätzlich mit weiter steigenden Arbeitskosten und fehlenden Arbeitskräften konfrontiert. Positive Aussichten auf das Jahr 2024 zeigen die Nüchternungen in der Wintersaison (November 2023 bis Februar 2024), die um 2,37 Millionen auf 50,55 Millionen zulegen konnten. Weiters wird das schöne Ausflugs- und Grillwetter beginnend mit Ostern und die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft in Deutschland mit österreichischer Beteiligung für mehr Konsum bei bestimmten Warengruppen (Getränke, Snackartikel, Fleischerzeugnisse, Feinkost usw.) sorgen. ■

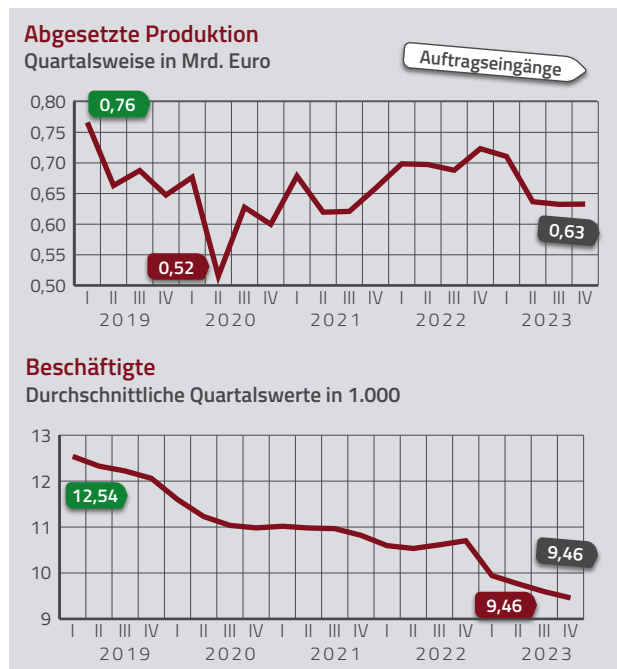


Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Die **Bekleidungsindustrie** verzeichnet noch immer leicht fallende Auftragseingänge gegenüber 2023. Aufgrund der angespannten Situation bei den Rohstoffpreisen und der Kostenbelastung in Österreich ist eine Entspannung bei der Ertragslage unserer Betriebe derzeit noch nicht in Sicht.

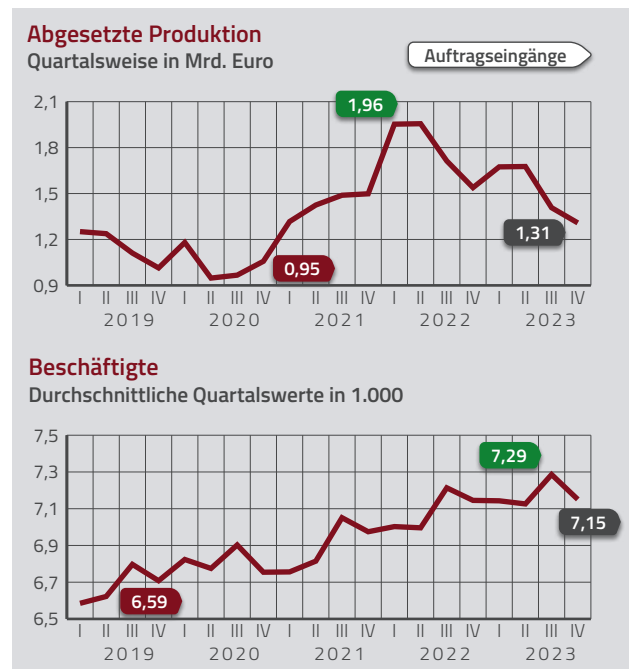
Die Auftragslage der **Schuhindustrie** ist durch Insolvenzen großer Kunden rückläufig und die Auslastung der Produktionskapazitäten bleibt schwierig. Der Export entwickelt sich im Westen verhalten und im Osten tendenziell etwas besser. Negative Entwicklungen sind vor allem in Deutschland zu verzeichnen. Produktpreiserhöhungen sind derzeit kaum möglich, wären aber dringend notwendig, denn die Materialkosten bewegen sich noch immer auf einem hohen Niveau. Für Produzenten wird es immer schwieriger am Industriestandort Österreich herzustellen.

Die **Textilindustrie** verzeichnete im Jahr 2023 beim Umsatz minus drei Prozent, bei den Beschäftigten -5,6 Prozent und beim Export -11,7 Prozent. Aufgrund der Kostensteigerungen muss Personal abgebaut und die Produktion ins Ausland verlagert werden. In Österreich gibt es einen starken Wettbewerbsnachteil gegenüber Drittländern.



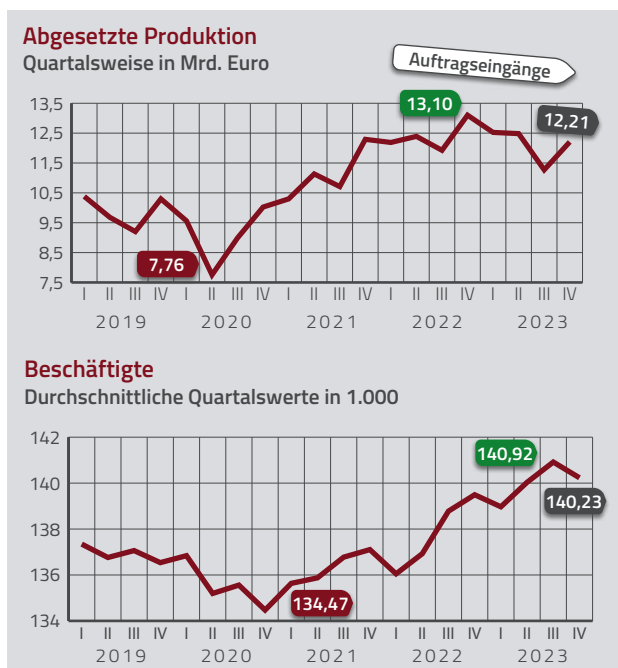
NE-Metallindustrie

Die schwache Wirtschaftslage in Europa, besonders in Österreich und Deutschland, und die unsichere Geopolitik belasten die österreichische NE-Metallindustrie. Steigende Produktionskosten verschärfen deren Wettbewerbsnachteile auf internationaler und europäischer Ebene. Nach der rückläufigen Geschäftsentwicklung im Bereich der Walzwaren wird mit einer Stabilisierung der Nachfrage gerechnet. Die Absätze im Bereich der industriellen Anwendungen sind nach wie vor rückläufig, im Bereich der Luftfahrt, Automobilindustrie und Verpackungsindustrie konnte der positive Trend in der Absatzentwicklung annähernd gehalten werden. Auch im Bereich Presswaren entwickelt sich die Nachfrage im Bereich Energie weiterhin stabil, bei der Automobilindustrie zufriedenstellend. Der nach wie vor anhaltende Trend zur E-Mobilität und die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung bewirken eine höhere Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten. Im Bereich der Wolframproduktion wird mit einem Ende der rückläufigen Entwicklung gerechnet. Die hohen Energiekosten beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Hersteller von raffiniertem Kupfer, insbesondere im Vergleich zu Konkurrenten mit geringeren Produktionskosten auf den Weltmärkten.



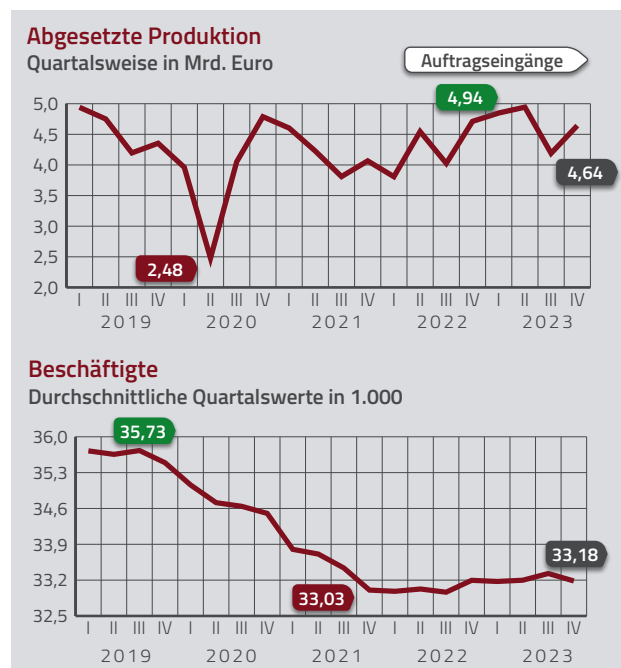
Metalltechnische Industrie

Der Konjunkturzyklus im Maschinenbau und in der Metallwarenindustrie müssen derzeit getrennt voneinander betrachtet werden. In der Metallwarenindustrie ist die Nachfrage in den letzten Quartalen stark zurückgegangen – das hat sich direkt auf sinkende Auftragsbestände durchgeschlagen und die Produktion geht stark zurück. Hier gibt es momentan keine Aussicht auf eine Besserung der Lage in den nächsten Monaten, auch wenn die Dynamik des Abschwungs leicht abnimmt. Die Unternehmen leiden immer noch unter hohen Produktionskosten. Hinzu kommen nun auch noch höhere Finanzierungskosten durch das hohe Zinsniveau. Im Maschinenbau hat die Branche noch lange von den hohen Auftragsbeständen des Vorjahres profitiert und die Produktion damit noch stabil gehalten. Dieser Effekt läuft nun aus und wir rechnen auch für den Maschinenbau mit einem Minus im 1. Quartal 2024. Noch ist der Abschwung im Maschinenbau allerdings milder als in der Metallwarenindustrie. Frühestens in der zweiten Jahreshälfte gibt es Hoffnung auf eine Stabilisierung der Nachfrage. Erstmals seit langer Zeit rechnen die Unternehmen nun auch mit einem Abbau bei den Beschäftigten. ■



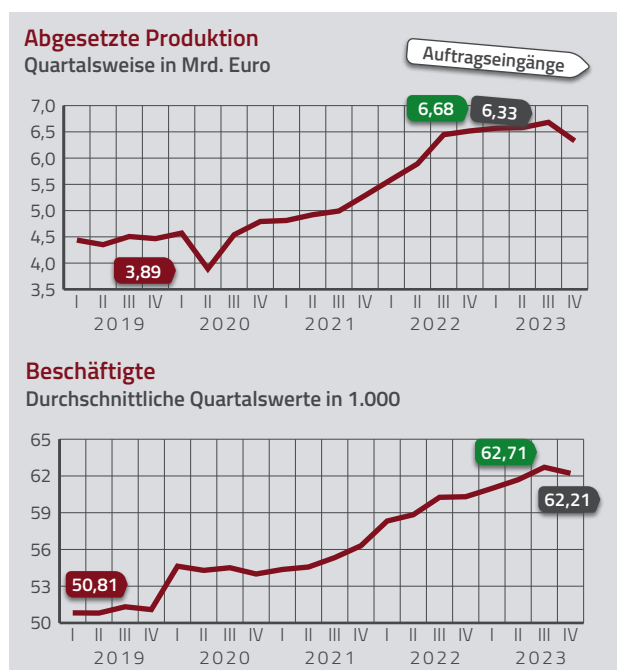
Fahrzeugindustrie

Die Auftragslage der Betriebe schwankt zwischen einem leichten Zuwachs und mittelfristigem Rückgang. Leider befinden sich in der zweiten Gruppe mehr Unternehmen. Der Exportanteil ist zwar konstant, jedoch in einigen Regionen zunehmend als risikoreich zu bezeichnen. Bis auf ein paar Ausnahmen wurden alle Mitgliedsbetriebe im 4. Quartal mit einer saisonal bedingt sinkenden Nachfrage konfrontiert. Störungen in der Lieferkette führten zusätzlich zu niedrigeren Produktionsmengen. Das nach wie vor hohe Niveau der Energiepreise und steigende Kosten für Vorleistungen konnten teilweise durch die sinkenden Rohstoffpreise ausgeglichen werden. Eine Weitergabe von Mehrkosten an die Kunden ist in vielen Fällen nur schwer möglich und wird als letzter Ausweg betrachtet. Lediglich 20 Prozent der Mitgliedsunternehmen haben im 4. Quartal 2023 Investitionen getätigt. Dies waren meist dringend notwendige Ersatzinvestitionen. Innovative Produktentwicklungen helfen, den Standort Österreich für die Fahrzeugindustrie attraktiv zu halten. In der Motorenproduktion konnte der bisherige Erfolgskurs fortgesetzt werden. Im Branchendurchschnitt wird sich die Anzahl der Beschäftigten kaum ändern. Die Suche nach Fachkräften sowie die Qualifizierung sind auch künftig ein wichtiges Thema. ■



Elektro- und Elektronikindustrie

Die Schwächephase der österreichischen Volkswirtschaft zeigt sich immer deutlicher auch in der Elektro- und Elektronikindustrie, wo auch im 1. Quartal 2024 eine stagnierende bis leicht negative Stimmung vorherrscht. Vor allem die im Zuge der schwachen Weltkonjunktur eingebrochenen Aufträge, sowie die nach wie vor erhöhten Energiekosten wirken sich wachstumshemmend auf die Unternehmen aus. Im Vergleich zum Vorjahr stagniert die Produktion, während die Auftragsituation klar rückläufig ist. Trotz der aktuellen negativen Situation haben sich die Erwartungen für die Zukunft im Vergleich zu den Vormonaten wieder leicht gebessert, da vor allem in großen Exportmärkten wie den USA wieder positive Wachstumssignale zu vernehmen sind. Die aktuellen geopolitischen Krisen in der Ukraine und dem Nahen Osten, sowie die unsichere Lage in China stellen aber nach wie vor große Risiken dar. Entsprechend gespannt sind die Unternehmen auch auf den Ausgang der anstehenden Kollektivvertragsverhandlungen, da übermäßig steigende Personalkosten im jetzigen Umfeld eine ungünstige zusätzliche Belastung darstellen würden. Aus langfristiger Perspektive bleibt nach wie vor ein Fachkräftemangel.



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand:

Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:

Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,

Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang

Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst,

DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:

Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at

Industriellenvereinigung,

A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),

Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)

www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Christian Huttar/Usecon

Coverbild: ZKW Group

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Mag. Sigi Menz, Mag. Andreas Mörk,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,

Mag. Philipp Brunner, Bernhard Mahlberg,

Roland Scheucher, Helene Tuma

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche

Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH,

A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

